

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Insowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Dismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 $\frac{1}{2}$,
Bergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streits bezw. der Differenzen streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fernzuhalten von:
Mühlern nach Stolp in Pommern, H ö b s t a. M., H a m -
burg (Schlichting), Zittau (Paul Wppmann), Alzei,
D ö b e l n i. S. (Lugusmüllersfabrik Belgig), O h l i g s
(Geb. Wlinder), S p r e m b e r g (Klefer), P o s e n (Hilde-
brandt), K o l m a r i. P o s. (Mehlaff), S u s u m (Röhn & Co.);
Umbaumachern und Journirern nach S e n a (Glaser);
Berlmutterknochenhändler nach S a r t h a (Opitz);
Stellmachern und Tischlern nach R o n n e b u r g (Fried.
Sering, Deutsche Automobil-Industrie).

Doktor Mag, der edle Streiter.

Am 30. Dezember feierte Dr. Mag Hirsch, der Anwalt der deutschen Gewerksvereine, seinen 70. Geburtstag. Die Hirsch-Dunderaner haben es sich nicht nehmen lassen, diesen Tag feierlich zu begehen. Viele Reden sind bei der Gelegenheit gehalten worden, in denen die Verdienste des Dr. Mag Hirsch um die deutsche Arbeiterbewegung überschwänglich verherrlicht wurden. Gar manches große Wort ist da gelassen ausgesprochen worden, wie das von dem Siegeszug der Gewerksvereinsgrundsätze. Herr Karl Goldschmidt, der Gewerksvereinsredakteur, hat sogar den Pegasus gesattelt; es ist allerdings nur eine klapprige Rosinante, die er uns vorführt, und seine poetischen Reiterkunststücke halten kaum Stand vor den berühmten Leistungen des Quartaners Karlchen Nieknid. Wie dieser von den fürchterlichen Thaten seiner alten Großmutter zu erzählen wußte, so Karlchen Goldschmidt von den großen Thaten des Doktor Mag, des „edlen Streiter — Kühne Reiter und so weiter — durch die Wüste Sahara; — wie er sich schlug durch die Kabylen — für der Menschheit höh're Ziele“. Wie er zum Wohlthun und Erbarmen rief für die Armen, und dem „Hochmuth einen Knag gab“.

Dann ging er nach Großbritannien,
Um zu holen die Kastanien
Aus dem Feuer neuer Zeit.
Sandte sie an uns Germanen,
Deutscher Arbeit Unterthanen,
Nief uns auf zur Einigkeit.

Da kam Lölde mit dem Knüppel
Und benahm sich wie ein Hüpel,
Aus Lassalle's Kompagnie;
Krisische, Schweitzer und Konsorten
Wollten töbten mit viel Worten
Jeden Gegner à tout prix.

Doktor Mag und seine Freunde
Sammelten eine Gemeinde,
Zu berathen, was zu thun. —
Reißt die Waage dem Gesumter
Kunter, so rief uns Franz Dunder,
Wis zum Ziel darf Niemand ruh'n. —

Da schuf Hirsch Gewerksvereine,
Ganze große und auch kleine,
Wie es nur sich machen ließ;
Zu erwirken höh're Löhne,
Für der Arbeit treue Söhne,
Die er mit zu kämpfen ließ.

Und so reitet Karl Goldschmidt, der „kühne Reiter und so weiter“, seine Rosinante noch mehrere klapprige Knüppelberse weiter, nach der Melodie „Prinz Eugenius, der edle Ritter“ und dem Motto „Keim' Dich oder ich fr... Dich“.

Wenn die Gewerksvereinsache nach den poetischen Leistungen des Herrn Goldschmidt beurtheilt werden sollte, so dürfte das Urtheil wohl nicht sonderlich gut ausfallen. Ver-

suchen wir, in Nachfolgendem eine kurze Charakteristik des Verdeganges der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine zu geben, die auch dem Dr. Mag Hirsch das giebt, was er verdient. Wir wollen dabei ganz davon absehen, die vielerlei Sünden der Gewerksvereine, die wesentlich auf die Hirsch'sche Führerschaft und die von ihm diesen Vereinen aufgenöthigte Tendenz zurückzuführen sind, näher einzugehen.

Es werden in diesem Jahre 35 Jahre, seitdem in Berlin die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine gegründet worden sind. Vom ersten Tage ihres Bestehens an kennzeichneten sie sich als ein Anhängel der freisinnigen Partei. Sie waren gegründet, um die Arbeiter von der Sozialdemokratie abzuhalten und an die Fahne des Freisinn, der damaligen Fortschrittspartei, zu fesseln — ein Endzweck, den sie noch heute verfolgen und in ihrem ganzen Denken und Handeln zum Ausdruck kommen lassen. Noch auf dem am 10. September 1898 in Berlin arrangirten Jubelfest der Gewerksvereine erklärte der Abgeordnete F i s c h e d., der damalige freisinnige Parteisekretär, daß das Programm der Gewerksvereine sich in wesentlichen Punkten mit dem wirtschaftlichen Programm der freisinnigen Partei decke. Ihre ganze Impotenz in wirtschaftlichen Fragen, die Erfolglosigkeit ihrer 35jährigen Thätigkeit erklärt sich aus dieser Stellung. So verkörpert sich zum zweiten Male in den Gewerksvereinen der Niedergang, der Bankrott der freisinnigen Partei und ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Daß es politische Motive waren, die zur Gründung der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine Veranlassung gaben, hat Dunder in einer späteren Wahlrede selbst anerkannt, indem er erklärte, daß die Gewerksvereine gegründet seien „unter Zustimmung und Mitwirkung der Fortschrittspartei, um der Schweitzer'schen Demagogie entgegenzutreten“.

Mit dieser Gründung vollzog die Fortschrittspartei eine bedeutende Frontänderung, was ihre Stellung zur Arbeiterfrage anbetrifft. Sie machte damit einen letzten Versuch, die Arbeiter an ihre Fahnen zu fesseln. Nicht sonderlich mit Erfolg; die Arbeiterschaft durchschaute das Manöver und zog es deshalb vor, den neuen Arbeiterfreunden die Gefolgschaft zu versagen und ihre eigenen Wege zu gehen. Die bisherige Haltung der Fortschrittspartei machte das Mißtrauen der Arbeiterschaft in die Arbeiterpolitik dieser Partei zu einem nur zu berechtigten.

Bis dahin hatte die Fortschrittspartei die Arbeiterschaft nicht sonderlich auf der Rechnung gehabt. Erst mit dem Militärkonflikt in Preußen, als die Fortschrittspartei sich den Anschein geben mußte, als wenn sie die große Mehrzahl der Bevölkerung hinter sich habe, gleichsam von der Masse des Volkes getragen sei, da fand sie den Weg zur Arbeiterschaft. Und als gar die Lassalle'sche Agitation anhub, die zur Schaffung einer klassenbewußten Arbeiterorganisation führte, da fühlten die Fortschrittsparteimänner, daß die schönen Zeiten dahin seien, in denen die Arbeiterschaft ihnen willenslos Heeresfolge leistete. Und sie entdeckten ihr arbeiterfreundliches Herz.

Jetzt suchten sie die Arbeiterschaft zu organisiren. Zunächst politisch in den Arbeiterbildungsvereinen, wo ihr die Politik der Fortschrittspartei verdaulich zu machen versucht wurde. Als das materielle Heil des Arbeiters bezeichnete man die Gewerksfreiheit und die Freizügigkeit, das wirtschaftliche A und C erschöpfte sich aber in dem S c h u l z e'schen Genossenschaftswesen. Nur im Zusammenhange mit dem liberalpolitischen System, d. h. dem Manchesterthum, sei die soziale Frage zu lösen, und nur die bürgerliche Demokratie, d. h. die Fortschrittspartei,

allein habe die soziale Frage auf gesundem Boden behandelt, auf dem Boden der „Selbsthilfe“, behauptete S c h u l z e - D e l i g s c h. Deshalb rief er den Arbeitern bei der Gründung des Nationalvereins vom Eintritt ab, ebenfalls von der Vertheiligung an einem allgemeinen deutschen Arbeiterkongresse, der von den nach der Londoner Industrierausstellung des Jahres 1862 gesandten deutschen Arbeiterdelegirten für den 18. bis 25. November 1862 einberufen war. Und der Fortschrittler S t r e d f u s brachte in der „Berl. Volkszeitung“ einen auf den Kongreß bezüglichen Artikel, in dem er erklärte: „Gerade im gegenwärtigen Moment ist die Arbeiterbewegung eine durchaus verkehrte; wenn sie irgend eine Wirkung hat, kann sie nur eine schädliche sein.“

Unter den der Fortschrittspartei anhängenden Arbeitern, besonders in Berlin und Leipzig, erregte diese Haltung nicht geringe Mißbilligung. Zwar wurde in einer großen Versammlung, am 2. November in Berlin — an der neben Schulze-Delitsch, Stredfus und v. Inruh unter Anderem auch W a h l t e i c h und F r i e d r i c h als Delegirte des durch spätere Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ bekannt gewordenen Leipziger Comités theilnahmen — beschloßen, den Kongreß auf eine spätere Zeit zu vertagen. Indessen war damit für die Fortschrittspartei nur wenig Zeit gewonnen. Schulze-Delitsch, der bei den Berliner Arbeitern damals noch eine außerordentliche Popularität besaß, nutzte diese Gelegenheit aber weidlich aus. Er hielt im Winter 1863 in Berlin seine Vorträge über „Kapital und Arbeit“, die im Abdruck als „Arbeiterkatechismus“ erschienen sind und Ferdinand Lassalle zu seiner bekannten Streitschrift „Kassat-Schulze“ Veranlassung gegeben haben. In diesen Vorträgen bezeichnete der „König im sozialen Reich“, wie Schulze sich nennen ließ, Bildung und individuelle Selbsthilfe als ausschließliche Mittel zur Lösung der sozialen Frage. Deshalb Gründung von Arbeiterbildungsvereinen, deshalb Gründung von Konsum-, Spar- und Kreditgenossenschaften. Nach seiner Ansicht sind die sogenannten Arbeitergenossenschaften die fortgeschrittenere Form der englischen Trades-Unions, in denen sich nur Angehörige eines Berufes zusammenfinden, und die man in ihrer Tendenz als rückwärtsgehende bezeichnete. Erklärte Herr F a u c h e r, Schulze's Freund, doch noch am 11. Februar 1863 im preußischen Abgeordnetenhaus anlässlich der Koalitionsrechtsdebatte:

„Die Trades-Unions sind nicht der fortgeschrittenen Theil des Genossenschaftswesens, sondern der rückwärtsgehende, sie sind der Keim, aus dem unser modernes besseres Genossenschaftswesen entstanden ist und welches diesem die intelligentesten Kräfte entfremdet. Unser (Schulze's) Genossenschaftswesen unterscheidet sich von den Trades-Unions gerade wie die Gewerksfreiheit vom Zunftwesen.“

Die Fortschrittspartei sollte bald zu einer anderen Stellung genöthigt werden. Mühte sie doch gar zu bald einzusehen, daß ihr Einfluß unter den Arbeitern ganz erheblich schwand. Immer mehr regte sich das Klass-bewußtsein unter der Arbeiterschaft, immer mehr sah diese ein, wie faul die Köder waren, die ihr von der Fortschrittspartei mit den Konsum- und Sparvereinen hingeworfen waren. Die Arbeiterschaft verlangte nach selbstständiger Bethätigung und Vertretung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen. Sie war der Kleinlinderstube der Fortschrittspartei längst entwachsen. Als Beispiel dieser Wandlung mag gelten, daß, als Herr Schulze bei Gelegenheit einer Koalitionsrechtsdebatte im Abgeordnetenhaus behauptete, die gegen das Koalitionsrecht gerichteten Paragraphen der Gewerbeordnung seien durch die Verfassung und das in ihr garantierte Vereinsrecht aufgehoben, weshalb sich eine Vor-

lage zur Erlangung des Koalitionsrechts erübrige, die Arbeitervereine Berlins in einer großen, am 22. Januar 1905 abgehaltenen Versammlung hiergegen entschieden protestierte. Herr Schulze wurde geradezu der Lüge beschuldigt. Der Einbruch dieser Versammlung war ein so gewaltiger, daß die Fortschrittspartei sich ihrem Verlangen auf Einbringung einer Koalitionsrechtsvorlage nicht mehr entziehen konnte. (Schluß folgt.)

Ein Flankenangriff gegen den Bildhauerverband.

thl. Von allen Gewerkschaften dürfte der Zentralverein der Bildhauer am härtesten von der Wucht der wirtschaftlichen Krise getroffen worden sein. Zu dem Niedergang der geschäftlichen Konjunktur gesellte sich für die Bildhauer, wie für unsere Holzdrechsler, die moderne Stülckrichtung, welche die Zahl der Arbeitslosen gewaltig vermehrte. Die Unterstützung der großen Zahl arbeitsloser Mitglieder belastete die Kasse des Zentralvereins in ungeahnter Weise, so daß es notwendig wurde, die Unterstützungssätze herabzumindern, zugleich aber trotzdem auch den Wochenbeitrag zu erhöhen; daß es dem Bildhauerverband unter diesen Umständen außerordentliche Mühe kostete, seinen Bestands an Mitgliedern und an Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu behaupten, wird Jedermann begreifen. Die große Mehrheit der Mitglieder des Zentralvereins hat sich, wie die „Bildhauer-Zeitung“ konstatieren kann, in dieser schweren Zeit glänzend bewährt. Leider jedoch nicht alle Mitglieder; zu Letzteren gehören auch diejenigen in Geringswalde, welche zum größten Teil die Beitragszahlung an ihre Organisation eingestellt hatten. Um aber nicht als Indifferenten angesehen zu werden, machten, so heißt es in einem Bericht der „Bildhauer-Zeitung“, „verschiedene Kollegen den Vorschlag, Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu werden, der bei einem weit geringeren Beitrag ziemlich dasselbe leistet, wie der Zentralverein der Bildhauer.“

Um über diese Frage zu beraten, berief man auf den 7. Dezember eine kombinierte Versammlung nach Waldheim ein, an welcher 50 Bildhauer aus Geringswalde, Waldheim und Chemnitz teilnahmen und in welcher der Bevollmächtigte des Holzarbeiterverbandes in Geringswalde, Kollege Beyer, das Referat hielt. Beyer erläuterte den steigenden Wert der Industrieverbände und sprach über die Verhältnisse des Zentralvereins der Bildhauer, welcher sich in absteigender Linie bewege. Seine Rede klang dahin aus, daß es für die Bildhauer Notwendigkeit wäre, sich einem Industrieverband anzuschließen, als welcher für die Bildhauer nur der Holzarbeiterverband in Betracht kommen könne.

Gegen dieses Vorgehen der Geringswalder erhebt die „Bildhauer-Zeitung“ berechtigten Protest. Sie bezeichnet dasselbe als einen „Flankenangriff“, der zu all den Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten, mit denen der Zentralverein in letzter Zeit zu kämpfen hatte, gerade noch gefügt habe. „Jenes Vorgehen macht den Eindruck, als wenn nach einem verlorenen Lohnkampfe, der große Opfer erfordert hat, alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, nicht um wieder hoch zu kommen, sondern um zum Gaudium des Unternehmertums die Organisation gänzlich zu Grunde zu richten.“

Aber die „Bildhauer-Zeitung“ tadelt nicht nur die eigenen Kollegen in Geringswalde, sondern sie beschwert sich auch lebhaft über das Auftreten des Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes und giebt uns dadurch Veranlassung, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Ganz mit Recht schreibt die „Bildhauer-Zeitung“: „Die „Holzarbeiter-Zeitung“ denkt anders darüber. Vor noch gar nicht langer Zeit brückte sie den Wunsch aus, daß die deutsche Bildhauerorganisation in Anbetracht der enormen Leistungen für ihre Arbeitslosen die Krise gut überstehen möge.“ Dieser Wunsch wird noch heute von unserem ganzen Verband geteilt, und wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir nicht nur den Tadel des Zentralvereins der Bildhauer gegen seine eigenen Mitglieder in Geringswalde für berechtigt halten, sondern auch die Stellungnahme unseres Bevollmächtigten, Kollegen Beyer, keineswegs billigen können.

Uebrigens ist es unrichtig, wenn die „Bildhauer-Zeitung“ den Kollegen Beyer als einen „offiziellen Vertreter des Holzarbeiterverbandes“ bezeichnet. Beyer konnte jenes Referat lediglich als Privatperson übernehmen. Wir können erklären, daß unser Verbandsvorstand von den fraglichen Vorgängen in Geringswalde gar keine Kenntnis hatte, daß er vielmehr erst nach jener Versammlung durch den Gauvorstand Nachricht davon erhielt, daß Beyer das Referat gehalten. Unser Verbandsvorstand hat daraufhin offiziell ausgesprochen, daß der Bevollmächtigte Beyer weder in seinem Auftrage, noch auch in seinem Sinne gehandelt, daß der Vorstand im Gegenteil die Übernahme des Referats durch Beyer mißbilligen müsse, weil dasselbe einen Verstoß darstelle, sowohl gegen das im Jahre 1893 auf dem Holzarbeiterkongress in Haffel getroffene Uebereinkommen, als auch gegen die späteren Be-

schlüsse unserer Verbandstage sowie der Gewerkschaftskongresse.

Diese Stellungnahme der offiziellen Vertretung unseres Verbandes entspricht im Uebrigen genau den Erklärungen, welche unser Vorstand der Zeitung des Zentralvereins der Bildhauer schon bei früheren Gelegenheiten mehrmals abgegeben hat, so daß die „Bildhauer-Zeitung“ darüber gar nicht im Zweifel sein konnte. Dringend zu wünschen wäre allerdings, daß sich auch jedes einzelne Mitglied unseres Verbandes in Zukunft daran halten würde und Niemand mehr Gelegenheit giebt zu derartigen Vorwürfen.

Ein Kongress der französischen Bauschüler.

Nirgends dürfte eine derartige Zerspaltung in der gewerkschaftlichen Organisation existieren als in Frankreich und vor Allem in Paris; sie ist eine der Schwachursachen der französischen Gewerkschaftsbewegung.

In dem vom französischen Arbeitsamt herausgegebenen Jahrbuch der beruflichen Syndikate für 1902 finden sich für Paris nicht weniger als 22 Syndikate aufgeführt, welche als solche der Holzarbeiter betrachtet werden können, hierunter allein 6 für die verschiedenen Spezialitäten der Kunstschüler (ébénistes), wovon das stärkste Syndikat mit einem Mitgliederstande von 500 aufgeführt ist, dann kommen die anderen 4 mit 240, 48, 14 resp. 6 Mitgliedern. (1) Letztere fertigen die sogenannten englischen Toiletten. Für die Tischler existieren 6 Syndikate (davon 2 mit 463 und 90 Mitgliedern für die Bauschüler), vier der anderen Syndikate sind mit je 80, 42, 36 und 23 Mitgliedern aufgeführt.

Die Zimmerer haben 2 Syndikate mit 375 und 200 Mitgliedern; die Arbeiter für Ameublement auch 2 Syndikate mit 83 resp. 19 Mitgliedern; die Parketleger 154 Mitglieder; die Klavierbauer 89, die Säger, Ausschneider und Tischler für Füllungs- und Friesglieder 420, die Brettschneider 257, die Holzbildhauer haben 2 Syndikate mit 378 resp. 40 Mitgliedern (die Letzteren sind Mobellirer). Bei den Stuhlarbeitern, Flechtern zc. beiderlei Geschlechts fehlt die Angabe der Mitgliederzahl. Der Gesamtmitgliederstand dieser Organisationen und Organisationsformen beläuft sich auf 2857, eine Zahl, die den wirklichen Stand eher übertrifft. Wie man aus dieser Zahl ersieht, ist nur ein sehr geringer Prozentsatz der Pariser Holzarbeiter Mitglied einer Organisation.

Der Streit um die beste Form der Organisation ist auch hier ein sehr lebhafter. Wir haben hier die Industrieverbände und Berufsverbände; letztere nehmen eher an Zahl zu, natürlich zum Schaden der ersteren.

Nachdem wir dieses vorausgeschickt, kommen wir auf den Kongress der Bauschüler zurück, den wir besprechen wollten. Gern hätten wir in ausführlicherer Weise über denselben berichtet, indessen erschlen das Protokoll dieses Kongresses bis jetzt noch nicht und müssen wir uns deshalb hierbei auf die ganz ungenügenden Berichte der Tageszeitungen beschränken.

Die größte Anzahl der Bauschüler-Syndikate war auf dem Kongresse vertreten; so diejenigen von Lille, Roubaix, Turcoing, Dünkirchen, Donai, Toulouse, Le Mans, Bordeaux, Lyon, Marseille, Alger zc. hatten Delegierte gesandt.

In der ersten Sitzung gab der Sekretär zunächst Kenntnis von einem Bericht, welcher als Prinzipienklärung zu betrachten war; dann berichtete er über die zahlreichen Streikbewegungen, bei welchen sich die Solidarität der existierenden Organisationen bewährte und welche schließlich zu dem Gedanken führten, einen Nationalverband der Bauschüler für Frankreich und die Kolonien zu bilden. Weiter wird in dem Berichte klar auf die allgemeinen Prinzipien verwiesen, welche die Arbeiterklasse ihrer Befreiung entgegen führen sollen; es wird der Klassenkampf angeführt sowie auf die Notwendigkeit des internationalen Zusammengehens der Proletarier verwiesen und die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel als das für die Befreiung der Arbeiterklasse angestrebte Ziel erklärt.

Der Nachmittag des ersten Tages wurde der Statutenberathung gewidmet, welche auch noch am zweiten Tage fortgesetzt wurde.

Der Verband theilt sich in Regionalverbände und soll von einem Nationalcomité geleitet werden, welches sich aus den Delegierten zehn verschiedener, weit voneinander entfernter Städte zusammensetzt. Eine ausführende Kommission von fünf Mitgliedern wird ihren Sitz in Paris, in der Arbeitsbörse, haben; zum Sekretär derselben wurde der Kamerad Duslot ernannt. Im Prinzip erklärte sich der Verband für den Anschluß an die Konföderation der Arbeit; erst der nächste Kongress soll hierüber aber definitiv entscheiden.

In der Nachmittagssitzung gaben die Delegierten Kenntnis von den Situationsberichten ihrer respektiven Organisationen, welche auf die Arbeitsbedingungen und Löhne Bezug hatten und statistische Elemente über die Stärke der Organisationen enthielten. Leider sind wir noch nicht im Stande, hierüber zu berichten; dieser Theil würde jedenfalls am meisten interessieren.

Ueber die Frage des Marchandages (Zwischenmeistersthem) und die Stückarbeit wurde sehr lebhaft verhandelt und sprach sich der Kongress für die strikte Anwendung des Defreits von 1848 (welches le marchandage verleiht) und für die Befreiung der Stückarbeit aus; ebenso schloß er sich den Beschlüssen

der Berufskongresse über die Einführung des Achtstundentages an. Die letzte Frage der Tagesordnung behandelte die Streiks im Allgemeinen und den Generalkstreik.

Paris, im Januar 1903. P. Tr.

Ämtliche und gewerkschaftliche Streikstatistik.

Von Karl Regten.

(Schluß.)

Die Ziffer der Beteiligter an den vergleichbaren Streiks differirt ganz erheblich in der ämtlichen und gewerkschaftlichen Statistik. In der Zusammenstellung in der Tabelle kommt dies nicht so zum Ausdruck, als bei dem Vergleich der Streiks im Einzelnen. Die ämtliche Statistik weist in den vergleichbaren Streiks 40 675, die gewerkschaftliche 43 133 Beteiligte aus. In der letzteren Ziffer sind allerdings 225 Personen enthalten, die an Streiks beteiligt waren, die am 31. Dezember noch nicht ihr Ende gefunden hatten. Die ämtliche Statistik macht nähere Angaben nur für die Streiks, die am Jahresschluß beendet sind, während in der Gewerkschaftsstatistik auch für diese Streiks die Zahl der Beteiligten, sowie die Streikdauer, die Summe der Streiktagen und des Verlustes an Arbeitsverdienst bis zum Jahreschluß angegeben wird.

In 13 Berufen weist die ämtliche Statistik insgesamt bei den vergleichbaren Streiks 944 Streikende mehr aus, als die gewerkschaftliche; diese aber in 29 Berufen 3402 Streikende mehr als die ämtliche Statistik. In einzelnen Berufen weichen die Zahlen der Beteiligten für die gleichen Streiks in den beiden Statistiken ganz erheblich ab. So zählt der Verband der Wäcker bei den 8 vergleichbaren Streiks 946, die ämtliche Statistik aber 419 Beteiligte, die letztere läßt 527 Personen weniger streiken, als von der Gewerkschaft gezählt wurden. Zu dieser Differenz bemerkt der Vorstand des Wäckerverbandes:

„Die Angaben des Verbandes sind zuverlässig, weil der Verbandsvorstand in den Streikorten bei den größeren Streiks zugegen war und die Aufzeichnungen selbst gemacht hat. Die Differenz in der Zahl der Streikenden, die in den beiden Statistiken vorhanden, erklärt sich daraus, daß die Wäckermeister, welche sich nach zwei bis drei Tagen mit den Arbeitern einigten, den recherchierenden Beamten verheimlichten, daß bei ihnen gestreikt wurde. Solche Fälle sind in den Arbeiterversammlungen festgestellt worden.“

Wiederum ein Beweis, daß ohne Mithilfe der Gewerkschaften eine brauchbare Statistik nicht aufgenommen werden kann.

Andererseits ist vielfach, besonders im Baugewerbe, die Zahl der Streikenden in der gewerkschaftlichen Statistik niedriger angegeben, als in der ämtlichen. Hierzu erklärt der Vorstand des Maurerverbandes

„Daß für das Baugewerbe vielfach die ämtliche Statistik eine höhere Zahl Streikender aufweist, als die Gewerkschaftsstatistik, kommt wohl daher, daß bei den Streiks unorganisierte Hilfsarbeiter in Frage kommen, die vielleicht zum Theil durch die Streiks der Maurer oder Zimmerer nur in Mitleidenschaft gezogen, doch von den Unternehmern als Streikende bezeichnet werden.“

Ferner dürften vielfach auch die Arbeiter, welche wenige Tage vor Beginn des Streiks das Arbeitsverhältnis lösen, gleichfalls als Streikende von den Unternehmern betrachtet werden.“

Auch in den anderen Berufen, bei denen für einzelne Streiks die ämtliche Statistik eine größere Zahl der Beteiligten aufweist, als die gewerkschaftliche, wird es ähnlich liegen. Es ist schon darauf hingewiesen, daß Streikende, welche nicht der Organisation angehören, leicht aus den Streiklisten fortgelassen werden. Hier vermögen die Gewerkschaften noch nichts Vollständiges zu leisten und muß in solchen Fällen ämtlicherseits die Feststellung erfolgen.

Dasselbe gilt für die Streiks, an welchen in den Zentralverbänden organisierte Arbeiter nicht beteiligt sind. Die ämtliche Statistik berichtet über 559 Streiks mit 20 012 beteiligten Personen, welche in der Gewerkschaftsstatistik nicht enthalten sind. Auf Anfrage bei den Verbandsvorständen ist in mehreren Fällen festgestellt, daß die Streiks stattgefunden haben, daß den Vorständen aber, weil die Mittel der Zentralkasse nicht in Anspruch genommen wurden, keine Mittheilung von der Arbeitseinstellung gemacht sei. Da die Vorstände bemüht sind, die Zweigvereine anzuhalten, auch über solche Streiks zu berichten, so wird hier eine Verbesserung der gewerkschaftlichen Statistik zu erwarten sein.

Andererseits wird aber von den Vorständen erklärt, daß in einer größeren Anzahl von Fällen nur eine Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung stattfand, wo die ämtliche Statistik über einen Streik berichtet. Ziemlich wird es unvermeidlich sein, daß in der Gewerkschaftsstatistik Streiks fehlen, über welche die ämtliche Statistik berichten kann. Die Gründe hierfür sind bereits angegeben.

In der ämtlichen Statistik dürfen aber keine Streiks fehlen, über die die Gewerkschaftsstatistik berichtet. Soll die ämtliche Statistik Anspruch auf Zuverlässigkeit machen, so muß sie über alle Streiks berichten. Man behauptet ja, daß der Beamtenapparat in Deutschland vorzüglich funktioniert. Fehlt in der ämtlichen Statistik aber eine größere Anzahl Streiks, so hat es mit dem Funktionieren des Beamtenapparats seine eigene Bewandnis, oder die Methode der Erhebung ist falsch und kann und darf dann nicht beibehalten werden.

Nun wird seitens der Gewerkschaften aber festgestellt, daß in der ämtlichen Statistik nicht weniger als 316 Streiks mit 6243 Beteiligten nicht bezeichnet sind, von denen die Gewerkschaften Kenntnis haben resp. die von ihnen unter Aufwendung bedeutender Mittel geführt sind. Von diesen 316 Streiks sind in der Gewerkschaftsstatistik 220 unter Angabe des Beginns und der Beendigung geführt. Ueber 49 Streiks ist als Wäckerstreik von dem Verband der Zimmerer nur summarisch berichtet und 47 Streiks sind von den Bauarbeitern nach Abschluß der Gewerkschaftsstatistik mit Angabe der Daten über Beginn und Ende festgestellt worden. Es sieht somit fest, daß die ämtliche Statistik nicht nur zum Theil unrichtige Angaben über die Streiks enthält, welche auch von den Gewerkschaften gezählt werden, sondern auch, daß eine so große Zahl Streiks in der ämtlichen Statistik fehlt, daß diese keinerlei Anspruch auf Nichtigkeit machen kann. Auf die Mängel der Gewerkschaftsstatistik ist seitens der General-Kommission bei jeder Veröffentlichung der Zusammenstellung

hingewiesen. Diese Mängel lassen sich zum Teil von den Gewerkschaften beim besten Willen nicht beheben. Die amtliche Statistik darf solche Mängel aber nicht aufweisen. Eine Besserung wird aber nicht eintreten, wenn nicht für die amtlichen Erhebungen die Hilfe der Gewerkschaften in Anspruch genommen wird, wie dies in allen Ländern geschieht, in denen Arbeiterstatistik von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrieben wird. Auch in Deutschland wird man nicht umhin können, diesen Weg zu gehen — oder eine der wichtigsten Statistiken, die über die Streiks, wird unzureichend und unzuverlässig bleiben.

Die Gewerkschaften können aber, ohne sich selbst zu schädigen, bei dem heutigen System der amtlichen Erhebungen nicht mitwirken, so lange die amtliche Statistik den Beigeschmack einer Kriminalstatistik hat und somit in dem Verdacht stehen muß, Material gegen die Gewerkschaften herbeizuschaffen. Diese Mitwirkung wird aber, wenn die amtliche Statistik nicht mangelhaft bleiben soll, unentbehrlich sein. Die Generalkommission erklärt daher in ihrer Veröffentlichung, nachdem sie die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik im Einzelnen nachgewiesen hat:

„Wir glauben im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu sprechen, wenn wir sagen: Ohne Hilfe der Gewerkschaften keine brauchbare amtliche Streitstatistik, mit Hilfe der Gewerkschaften erst dann, wenn die überflüssigen Fragen kriminal-rechtlicher Natur aus der amtlichen Statistik verschwunden sind.“

Das Ergebnis dieser Fragen krimineller Natur ist übrigens in der amtlichen Statistik sehr dürftig. Man gewinnt bei dem Lesen dieses Teiles in der amtlichen Veröffentlichung den Eindruck, als hätte man im statistischen Amt selbst das Empfinden, daß diese Dinge mit der Streitstatistik nichts zu tun haben und daß das hierüber gelieferte Material aus so unzuverlässigen Quellen stammt, daß ein ernsthafter Statistiker daraus keine Schlüsse zu ziehen vermag. Was soll denn schließlich damit beabsichtigt werden, wenn in der amtlichen Statistik gesagt wird, unter den 55 262 Streikenden befanden sich 8651 „Jugendliche“, während es sich um Personen unter 21 Jahren handelt. Man kann doch nicht Leute von 19 bis 21 Jahren noch als „Jugendliche“ bezeichnen, wo der Arbeiter, wenn nicht früher, so doch mit dem 18. Jahre sich selbstständig ernähren muß, eine Familie gründen kann und als zwanzigjähriger Soldat angeblich den höchsten Stand einnimmt, den es in unserer Gesellschaft giebt! Vor allen Dingen aber fehlt es an irgend welchem Nachweis dafür, ob diese „Jugendlichen“ irgend welchen Einfluß bei den Streiks ausgeübt haben. Demgegenüber stellt die Gewerkschaftsstatistik fest, daß 1901 von den von ihr gezählten 48 968 Streikenden 22 399 männliche und 10 677 weibliche verheiratet waren, die insgesamt 43 518 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Diese Angaben der Gewerkschaftsstatistik sind nicht vollständig, weil nicht für alle Streikenden das Familienverhältnis festgestellt werden konnte. Sie genügen aber, um zu beweisen, daß nicht jugendlicher Leichtsinns, sondern ernste Erwägung die Arbeiter in den Streik treibt.

Ähnlich steht es mit dem Material über Kontraktbruch. Bei den vergleichbaren Streiks (nicht auch Ausperrungen) waren nach amtlicher Angabe 35 716 Personen beteiligt, von denen 7676 Kontraktbrüchig gewesen sein sollen. Nun weiß aber die Gewerkschaftsstatistik aus, daß von diesen 7676 angeblich Kontraktbrüchigen 3461 in Atord arbeiteten, ohne Kündigungsfrist zu haben. Auch das Statistische Amt scheint nach einigen Bemerkungen in seinen Veröffentlichungen von der richtigen Ansicht auszugehen, daß in einem solchen Arbeitsverhältnis Kontraktbruch garnicht eintreten kann. Für diese angeblich Kontraktbrüchigen Atordarbeiter müssen also die Angaben der Unternehmer falsch sein. Dann weist die Gewerkschaftsstatistik weiter nach, daß von den angeblich 7676 Kontraktbrüchigen bei den vergleichbaren Streiks 5607 an Abwehrstreiks beteiligt waren. Beim Abwehrstreik aber sind nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer die Kontraktbrecher, weil sie innerhalb der Kündigungsfrist eine Veränderung der vereinbarten Arbeitsbedingungen herbeiführen wollen. Nach amtlicher Angabe sollen bei den vergleichbaren Streiks allerdings nur 2825 der Kontraktbrüchigen an Abwehrstreiks beteiligt gewesen sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmer, auf deren Angaben die amtliche Statistik sich stützt, eine andere Auffassung darüber haben, ob es sich um einen Angriff oder eine Abwehr handelt, als sie bei den Arbeitern vorhanden ist. Und schließlich sprechen die amtlichen Zahlen über den Kontraktbruch, ihre Richtigkeit vorausgesetzt, doch zu Gunsten der von organisierten Arbeitern geführten Streiks. An diesen waren von den 55 262 an den sämtlichen Streiks Beteiligten 35 716 beteiligt, das sind 64,6 pZt. aller Streikenden. Von den gesamten 12 838 Kontraktbrüchigen entfallen aber auf diese Streiks nur 7676, das sind 59,8 pZt. der Kontraktbrüchigen. Von den gesamten Streikenden waren nach amtlicher Angabe 23,2 pZt. Kontraktbrüchig, von den an den vergleichbaren Streiks Beteiligten aber 21,5 pZt. Dieses Verhältnis spricht nicht gegen, sondern für die Gewerkschaften. Trotzdem haben diese keine Veranlassung, an einer Statistik, die so völlig überflüssige Fragen enthält, irgendwie Anteil zu nehmen. Ueber die Ergebnisse aus den Fragen bezüglich Eingriffe der Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft wird in der amtlichen Statistik in zehn Zeilen berichtet. Wozu also ein Beamtenapparat für solche Dinge in Bewegung setzen, wenn das Resultat so lässig? Die Statistik wird durch diese Fragestellung ganz überflüssigermode belastet und den Gewerkschaften die Möglichkeit genommen, irgendwie daran interessiert zu sein, daß die amtliche Statistik brauchbar und zuverlässig wird.

Deswegen sollte das Statistische Amt, das doch nicht mündigen kann, fortgesetzt arbeiten zu liefern, die der Kritik nicht standhalten können, darauf dringen, daß die Regierung eine Veränderung in der Fragestellung und in der Art der Erhebung bei der Streitstatistik eintreten läßt.

Die Generalkommission sagt am Schluß ihrer Veröffentlichung zutreffend:

„Daß die amtliche Statistik unzulänglich ist, dürfte nunmehr erwiesen sein. Die Gewerkschaften werden sich bemühen, ihre Statistik noch vollkommener zu gestalten und erfolgt eine Veränderung der amtlichen Statistik im gedachten Sinne nicht, so müssen wir die Aufforderung an die Vertreter der Organisationen richten, den recherchierenden Beamten die Auskunft über Einzelheiten bei den Streiks zu verweigern, wodurch sich die amtliche Statistik noch mangelhafter gestalten muß,

als sie heute schon ist. Vielleicht kommen wir dann dazu, daß die Regierung den Weg einschlägt, der allein zu einer zuverlässigen und brauchbaren Statistik führen kann.“

Es handelt sich bei diesem Wunsch nicht darum, die Regierung den gewerkschaftlichen Organisationen geneigter zu machen, denn deren Fortbestand ist von dieser größeren oder geringeren Geneigtheit nicht abhängig, sondern auf einem der wichtigsten volkswirtschaftlichen Gebiete brauchbare statistische Unterlagen zu erhalten. Voraussetzlich wird die Regierung sich der Einsicht nicht verschließen, daß dies erforderlich, auf dem bisherigen Wege aber nicht zu erreichen ist. Will sie die notwendigen Änderungen nicht treffen, so liefert sie damit den Beweis, daß ihre Streitstatistik nicht von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus aufgenommen wird, sondern daß sie den Zweck haben soll, Material für eine Ausnahme-gesetzgebung gegen die Gewerkschaften herbeizuschaffen. Dieser Zweck wird aber glücklicherweise nicht erreicht werden.

Rundschau.

Scharfmacher-Gemeinschaften. Die Arbeitgeberzeitung die die Beschimpfung und Verleumdung der organisierten Arbeiter und ihrer Vertreter in ein System gebracht hat und gewissermaßen zur Sammelgrube aller Unternehmer-Unberücksichtigungen und „Fribolitäten“ geworden ist, zehret in einer ihrer letzten Nummern auch über den „Terrorismus in den Krankenkassen“.

Allen Ernstes wird darin behauptet, die Vorstände der Ortskrankenkassen unterstanden der Aufsicht von „so genannten Kommissionen“, die einen „unzweideutigen politischen Einfluß auf die Verwaltung der Kassen auszuüben berufen“ seien. Selbst Vorschriften würden den event. Vorstandskandidaten gemacht, wonach Exiere u. A. nur im Sinne der Kommission zu wirken und alljährlich Bericht an dieselbe zu erstatten sich verpflichten, auch müßten sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen.

Natürlich stehen die gewählten Vertreter der Arbeiter auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Das ist ganz selbstverständlich. Aber die „Kommissionen“ sind gemeine Erfindungen der scharfmacherischen Verleumdertliege, die von ihr geradezu wider besseres Wissen geflüstert verbreitet werden. Man will aber wegen der in Aussicht stehenden Reform des Krankentafelgesetzes ein trüben gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter hegen. Man lese nur folgende Perfidie:

„Daß unter solchen Umständen die Sozialdemokraten immer mehr darnach trachten, in der Verwaltung vollständig zu dominieren, ist leicht erklärlich, und es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn sich in einer solchen Kassenverwaltung die sonderbarsten Dinge ereignen. Handelte es sich heute noch darum, den Kassenvorstand mit Sozialdemokraten zu besetzen, so kann morgen schon die Frage aufgeworfen werden, ob nicht vielleicht ein Urteilschied in der Gewährung der Unterstützung auch bei den Mitglieder gemacht werden soll, die nicht als „Genossen“ bekannt sind. Es lassen sich schon jetzt Beispiele dafür anführen, daß man einem Parteigänger willfähriger entgegenkommt, als wenn es sich um jemand handelt, der nicht zu den „Genossen“ zählt.“

Das ist die niederträchtigste Verleumdung, die es giebt. Und dann ist ja auch eine solche Klassifizierung unmöglich, denn die Aufsichtsbehörde würde das schon verhindern. Vielleicht interessiert es, bei dieser Gelegenheit zu konstatieren, daß ein Dresdenener Unternehmer kürzlich gezwungen wurde, öffentlich im „Dresdener Anzeiger“ und in der „Arbeiter-Zeitung“ Beschuldigungen ähnlicher Art zurückzunehmen.

Eine Organisation des Arbeitsnachweises für das ganze Reichsland plant die reichslandische Regierung. Um die Tätigkeit der einzelnen Arbeitsnachweiskeitellen in Zusammenhang zu bringen, ist geplant, sie durch eine Zentrale untereinander in Verbindung zu setzen. Auch soll die Leitung der Arbeitsnachweiskeitellen durch gemischte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter kommunaler Oberleitung zur Einführung gelangen. Die Arbeitsvermittlung soll für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer kostenlos sein. Einrichtung und Unterhaltung der Stellen würden aus Fonds der beteiligten Gemeinden erfolgen.

„Mantierliche und zuvorkommende“ Arbeiter. Der vor Kurzem erschienene Jahresbericht der Handelskammer in Würtemberg für das Jahr 1901 enthält folgende sehr bezeichnende Stellen. Es heißt da zunächst von der Textilindustrie:

„An Arbeitern war im letzten Jahre kein Mangel, und man konnte in dieser Richtung eine Besserung infosern spüren, als die Leute wieder etwas marierlicher wurden, als sie zur Zeit der Arbeiternoth gewesen waren.“

Die Krisis zwingt die Arbeiter, manche Willkür-Akte der Unternehmer, manche Lohnabzüge mit Ingrimim im Herzen widerspruchslos sich gefallen zu lassen. Für jeden Kapitalisten und auch für den Verfasser des Handelskammerberichts ist es natürlich eine „Unmanierlichkeit“ jondergleichem, wenn der Arbeiter sich nicht ruhig das Fell über die Ohren ziehen läßt.

Aber nicht nur in der Textilindustrie haben sich die Arbeiter — immer nach Ansicht des Berichtschreibers — „gebessert“, auch in der Gerberei hat die große Arbeitslosigkeit die Arbeiter gezwungen, auf eine Erklämpfung besserer Lebenshaltung zu verzichten und sich zu ducken. Es heißt da wirklich rührend:

„Die Arbeiterverhältnisse, die in den letzten Jahren beinahe unerträglich geworden, haben sich gebessert. Das Verhalten der Arbeiter ist zuvorkommender geworden und der Fleiß hat wesentlich zugenommen. Mit Rücksicht hierauf wurde trotz der schlechten Geschäftslage von einer Lohnreduktion abgesehen.“

Der letzte Satz ist ja geradezu klassisch. Der Arbeiter hat es wohl noch als eine Gnade anzusehen, wenn ihm der Unternehmer, der während des flotten Geschäftsganges garnicht daran gedacht hat, die Arbeiter an den erhöhten Gewinnen teilzunehmen zu lassen, in der Zeit der Krise nicht

ten seinen so schon miserablen Löhnen etwas abzwackt. — Wirklich noble Denkart!

Ein Dorado für Kapitalisten, deren höchste Sehnsucht nach billigen, zufriedenen Arbeitskräften begehrt, scheint nach dem Bericht Würblingen zu sein, wo die Seidenstoffweber zu Hause ist. Der Bericht sagt wörtlich, daß der Geschäftsgang ein erfreulicher war, dann läßt man sich aber von der Direktion der Weberei berichten:

„Für unsere neu eingerichteten circa 225 Webstühle fanden sich die Arbeiter nur langsam, da die Vermehrung unserer Arbeiterzahl in der Hauptsache nur im Frühjahr sich bewertstelligen läßt, wo junge, der Schule entlassene Knaben und Mädchen als Lehrlinge eingestellt werden. Da diese sich meist aus dem Bauern-, Weingärtner- und Handwerkerstand der hiesigen Stadt und umliegenden Dörfer rekrutieren, also ortsansässige Leute sind, haben wir mit Arbeiterausständen nichts zu thun, zumal wir die zehnründige Arbeitszeit eingeführt haben, Sonntags nicht arbeiten lassen (wie gnädig!) und zumeist Atordarbeit haben, bei der die Arbeiter sich gut stellen.“

Die Kapitalisten aller Orte und aller Branchen werden sich nach diesen „Musterarbeitern“ alle zehn Finger ledern. Indiffer., it, darum zu Ausständen nicht geneigt!

Welch einen tiefen Einblick gewähren dieser verschiedenen Auszüge in die Durchschnittskapitalistenseele.

Der Herr Obermaurer. Aus den Spandauer Staatswerkstätten wird berichtet, daß am Montag die Arbeiterausschüsse der sechs technischen Institute in einer Konferenz mit einem Kommissar des Ministeriums, einem Major aus Berlin, sich über die Einführung folgender Titel für Arbeiter in den Spandauer Staatswerkstätten geeinigt haben: statt Mechaniker 1. und 2. Klasse: Mechaniker und Feinmechaniker, statt „Handlanger“ und „gewöhnlicher Arbeiter“: „Verwaltungs- und Depotarbeiter“; statt „Gärtner 1. und 2. Klasse“ — Gärtner und Obergärtner; statt „Maurer 1. und 2. Klasse“: Maurer und — Obermaurer!

Jetzt fehlen nur noch die verschiedenen Abzeichen, die den gewöhnlichen Sterblichen befähigen, einen Obermaurer von einem Maurer, einen Blasseger von einem Oberplasseger u. s. f. zu unterscheiden. Vielleicht strengen die hervorragenden Geister, die das Titelwesen in so liberalschender Weise gefördert haben, ihre Verbandskasten noch einmal an, um für die Ober-, Geheimen Ober- und Wirklichen Geheimen Ober-Maurer sinureiche Uniformen zu entbeden.

Das Brüsseler Volkshaus, eine große genossenschaftliche Konsumanstalt, die von sozialdemokratischer Seite in's Leben gerufen worden ist und geleitet wird, hat im ersten Halbjahr 1902 einen Reingewinn von Frs. 271 541 erzielt; im zweiten Halbjahr wird dieser noch höher sein. 1901 betrug der Reingewinn im ersten Halbjahr Frs. 247 984, im zweiten Halbjahr Frs. 255 211. Wenn die Steigerung anhält, wird der Gewinn im Jahre 1903 sicher Frs. 800 000 betragen. Unter den Passiven sind zu verzeichnen: eine Hypothekenschuld von Frs. 775 000 und verschiedene Kreditoren mit Frs. 380 000. Die Bäckerei erweist sich am rentabelsten, denn sie hat allein in den ersten sechs Monaten einen Reingewinn von Frs. 220 239 abgeworfen, während der Verkauf von Konfektion, Milch, Kaffee, Kohlen und anderen Waaren nur einen solchen von Frs. 52 312 einbrachte. Die sozialistische Bäckerei begann ihre Tätigkeit am 4. September 1882. In der ersten Woche verkaufte sie 528 Brote, 1886 dagegen stieg der Verkauf schon auf 5000 Brote wöchentlich, 1892 auf 100 000, 1896 auf 150 000. Im Mai 1902 verkaufte man bereits 220 000 Brote wöchentlich, was pro Jahr 12 000 000 Brote ausmacht. Diese Brote werden selbstverständlich nicht ausschließlich von sozialistischen Arbeitern gekauft. Ein großer Teil wird jedenfalls an Leute abgesetzt, welche die Herkunft des Brotes nicht kennen, und die nicht wissen, daß die sozialdemokratische Partei den größten Teil des Parteifonds aus seiner Bäckerei zieht. Aus diesem Grunde wird nächstens in Brüssel unter dem Namen Partia ein neues und patriotisches und christliches Arbeiterhaus gegründet, das ein Gegenstück zu dem sozialdemokratischen Arbeiterhaus bilden soll. Dasselbe spekuliert auf die christlichen Arbeiter, Handwerker usw. Es wird aber neben dem großen Unternehmen gerade bei der ziemlich radikal gesinnten belgischen Arbeiterbevölkerung keinen leichten Stand haben.

Die Bedeutung der Selbsthilfe durch Gewerkschaften und Genossenschaften in England ergibt sich aus einer interessanten Statistik des Hauptbureaus zur Eintragung von Unterstützungsvereinen, bei dem alle Arbeiterorganisationen und andere Organisationen von und für Arbeiter eingetragen oder wenigstens statistisch gebucht werden. Alle zusammen, vermehrt um die Guthaben bei den Postsparkassen, die ausschließlich Arbeitern oder Arbeitervereinen gehören, haben ein Vermögen von £ 339 837 703 oder von M. 6 796 754 060 angehäuft. Die Besitzer dieses Reichthums sind 26 363 290 Personen. Diese gewaltigen Zahlen des Jahres 1899 zergliedert sich nach einer für das Parlament aufgemachten Statistik in folgender Weise:

	Zahl der Mitglieder	Fonds
Baugenossenschaften	602981	60776508
Hilfskassen	11750130	29487619
Genossenschaften	1741062	35099370
Gewerkschaften	1436283	3515007
Altersversicherungskassen von Fabriken	100397	30585
Darlehen-gesellschaften für Arbeiter	31542	295099
Eisenbahn-sparbanken	5277	4654112
Volksparbanken	1601485	57196458
Postsparkassen	8046680	138818175
Summa	26363299	339837703

Eine furchtbare Anlage gegen den Kapitalismus. Nach dem mehrere Monate währenden Minenarbeiter-ausstand in den Vereinigten Staaten, ist im letzten Herbst eine Enquetekommission eingesetzt, deren Aufgabe es sein soll, Erhebungen über die Lage der amerikanischen Kohlen-gräber anzustellen, um an der Hand derselben dann weitere Maßnahmen zu treffen. Vor dieser Kommission rollt sich nun manche Glendenschilderung auf, die furchtbare Anklagen gegen den herrschenden Kapitalismus bilden. So

folgende, die dem Briefe eines amerikanischen Genossen entnommen ist:

„Ein Unglücklicher, ein Kohlengräber, stand letzten Tage vor der Kommission des Schiedsgerichts. Er kam vom Kirchhof, wo er eben seine Frau zur Ruhe geleitet. Der Arme sagte uns: „An meinem Körper ist kein Knochen mehr ganz. Meine Arme sind gebrochen, die Beine verlegt; ein Auge habe ich eingebüßt, dasselbe ist durch ein gläsernes ersetzt. Mein Kopf ist beinahe gespalten, mit 18 Stichen wieder zusammengestickt. So wurde ich allmählig verstimmt. Jetzt hat man auch noch meine Frau getötet. Ich war Mitglied am Hilfscomité, deshalb kamen die Agenten der Gesellschaften, trotz des erbärmlichen Wetters warf man meine Sachen auf die Straße, trotz meines Flehens auch mein krankes Weib. — Ein paar Tage darauf war sie eine Leiche.“ — Die Kommission war gerührt. Die hellen Thränen flossen über die Wangen eines Mitgliedes derselben. Einem Bischof war seine innere Bewegung anzusehen. „Das ist Alles — und, ich glaube, genug“, rief ein Richter gerührt aus, als der Zeuge endete. Selbst die Advokaten, welche die Kohlenbarone verteidigten und deren Beruf es ist, für Geld Schwindler zu verteidigen, Mörder „unschuldig“ zu machen und die für Geld mit allen Winkelzügen das Elend der Kohlenarbeiter zu verdecken suchen, selbst diese verstummten. Sprach doch die Gestalt des Unglücklichen eine zu fürchtbare Anklage gegen das Kapital aus.“

Wie viele Tausende, ja Millionen von Arbeitsbrütern sind nicht in ähnlicher Weise vom Kapitalismus zu Grunde gerichtet worden. Ihr Unglück ist eine laute Mahnung an uns, bald für eine durchgreifende Besserung der Arbeiterverhältnisse Sorge zu tragen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Nach der Vorschrift des Statuts hat im Monat Januar in allen Zahlstellen die Neuwahl der Lokalverwaltung und der Revisoren stattzufinden. Wiederwahl ist zulässig. Von allen Wahlen ist sofort nach ihrem Vollzug dem Verbandsvorstand Mitteilung zu machen, wobei auch die Adressen der Gewählten angegeben sind. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch den Verbandsvorstand, welche als erfolgt zu betrachten ist, wenn seitens des Vorstandes innerhalb 14 Tage nach der Anmeldung kein Einwand erhoben wurde. Zur Anbringung etwaiger Adressenänderungen auf den Verbandsplakaten können gummierte Bettel zum Aufkleben mit dem entsprechenden Vordruck von uns bezogen werden.

Die Bearbeitung der Statistik hat bereits begonnen. Damit die Zusammenstellung nicht verzögert wird, erlernen wir diejenigen Zahlstellen, deren Fragebogen noch ausstehen, daran, daß der Termin für die Einsendung bereits abgelaufen ist, und ersuchen dringend, die Einsendung nunmehr zu beschleunigen.

Von dem Almanach für 1903 ist nunmehr auch die zweite Auflage total vergriffen, so daß wir weitere Bestellungen nicht mehr erledigen können.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 14718 Carl Bude, Tischler, geb. 8. 3. 80 zu Alt-Dübbersdorf.
45801 Heinrich Sagassa, Tischler, geb. 2. 6. 66 zu Schwarzenberg.
69600 Hermann Schäferbied, Schreiner, geb. 13. 9. 86 zu Sarrn.
75566 Gustav Böfel, Tischler, geb. 6. 11. 78 zu Geesbacht.
75892 Julius Jahn, Tischler, geb. 28. 12. 52 zu Meidenburg.
77051 Otto Menz, Tischler, geb. 26. 7. 74 zu Sotha.
88013 Paul Schmirch, Tischler, geb. 24. 2. 77 zu Ratfcher.
97967 Franz Jordan, Drechsler, geb. 22. 10. 83 zu Sangerhausen.
103229 Georg Maber, Schreiner, geb. 16. 5. 80 zu Alm.
111787 Karl Jusel, Tischler, geb. 25. 3. 79 zu Dorutin.
115177 Friedrich Dauth, Schreiner, geb. 6. 8. 81 zu Rajsenhausen.
122247 Karl Marks, Tischler, geb. 3. 4. 77 zu Friedeberg, N.-M.
152110 Johann Willamowski, Tischler, geb. 25. 10. 65 zu Bögen.
Stuttgart, den 24. Januar 1903.

Der Verbandsvorstand.

Sterbefafel.

- Hermann Volkland, geb. 7. 9. 74 zu Krautheim, gest. 23. 1. 03 zu Darmstadt.
Gebhardt Christoph, Tischler, geb. 30. 6. 69 zu Nürnberg, gest. 17. 1. 03 zu Frankfurt a. M.
Wilh. Müller, geb. 23. 10. 75 zu Klein-Sehlen, gest. 18. 1. 03 zu Celle.

Schreihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Bekanntmachungen der Gauvorkände.

13. Gau. Vorort Bremen.

Infolge der Neuwahlen haben theilweise Veränderungen der Adressen des Gauvorkandes stattgefunden. Die Adresse des Gauvorkänders ist: A. Schweiba, Bremen, Kantstr. 41. Die Adresse des Gauvorsitzers ist: F. Grisch, Bremen-Hafenstr. Auf bez. Seite 54.

Alle Briefe usw. sind an Ersteren, alle Geldsendungen an Letzteren zu adressieren.

Auf das Zirkular vom 6. Januar 1903 sind die Nachrichten bis jetzt recht spärlich eingelaufen. Auch die Quartalsberichte haben erst vier Zahlstellen eingehandt. Wir bitten die Zahlstellenverwaltungen dringend, dies zu beachten und das Verfaumte nachzuholen.

Der Gauvorkand. J. A.: A. Schweiba.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Auerbach i. G. Die Fluktuation in unserer Zahlstelle ist infolge der niedrigen Löhne und der langen Arbeitszeit sehr groß. 39 Kollegen sind im verfloffenen Jahre aufgenommen und doch hat sich die Mitgliederzahl nur von 28 auf 36 erhöht, die Uebriggen haben unserm Städtchen wieder den Rücken gekehrt. Am 1. Februar, Nachmittags 4 Uhr, wird Kollege Köfel in der Mitgliederversammlung einen Vortrag halten. Alle Kollegen, auch die Verheiratheten, die in der Regel durch Abwesenheit glänzen, müssen erscheinen. Es ist unbegreiflich, daß gerade sie so äußerst wenig Interesse an der Organisation zeigen, und doch könnten gerade sie eine geregelte, längere Arbeitszeit am besten gebrauchen und selbstverständlich einen höheren Lohn noch mehr. Wir erwarten, daß nicht nur die kommende, sondern alle Versammlungen gut besucht sein werden, es muß aufhören mit der Theilnahmslosigkeit, mit Rathen und mitthaten müssen wir, wenn wir wollen, daß es besser werden soll.

Sab Tölz. Erfreulich ist es, wenn die Bemühungen in unserem südlichen Bahren, dem Verbandsvorstande immer mehr Anhänger zuzuführen, von Erfolg gekrönt sind und die Zahl der Zahlstellen sich ständig mehrt, desgleichen die Zahl der Mitglieder. Viel Mühe und Arbeit ist seitens des Gauvorkandes und einzelner am Orte befindlicher Kollegen nötig, um den Indifferentismus der Nebenkollegen zu bekämpfen. Wir brauchen bloß auf die Schwierigkeiten in Mühlbors am Inn hinweisen, um dann nach Errichtung einer Zahlstelle für Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses am Orte wirken zu können. So ging es auch mit unserer Zahlstelle in Tölz, welche heute bereits die ansehnliche Mitgliederzahl von 53 Kollegen aufweist. Dieser Erfolg unseres Verbandes war nun, wie es scheint, dem christlichen Agitator Stegerwald längst ein Dorn im Auge. Anstatt sich zu bemühen, in den vielen Orten unseres Oberlandes, in welchem der Deutsche Holzarbeiterverband bisher noch keine Möglichkeit hatte, Fuß zu fassen, seine christlichen Brüder aufzurütteln und zu organisieren, scheint seine Thätigkeit wohl darin zu bestehen, in bestehende Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes Uneinigkeit hineinzutragen durch seine Gegengründungen. In aller Eile und hinter verschlossenen Thüren wurde mit Hilfe von ein paar Gesellenvereinsbrütern in Tölz nun auch eine Zahlstelle des christlichen Verbandes gegründet und soll dieselbe bereits zehn Mitglieder stark sein. Natürlich kann man ja im Geheimen besser die „horrenden Leistungen“ des christlichen Verbandes herausstreichen und dem verhassten deutschen Holzarbeiterverband ein anhängen, eine netze Kampfesart für Leute, welche es mit den Bestrebungen der Gewerkschaften ernst zu meinen vorgeben. Nun, wir werden uns mit der Thatsache abzufinden wissen, oder sollte es der Wahrheit entsprechen, was man sich hier in die Ohren raunt, daß seitens des Pfarrhofes und einiger frommer Meister man die Gründung begünstigte nach dem Grundsatz: „Wenn schon, denn schon“, wollen sich die Leute organisieren, dann lieber noch im christlichen Verband, als in dem verhassten Deutschen Holzarbeiterverbande, „bei dö rothen Sozi“. Hoffentlich geht es dann auch wie in den mit großer Kellame inszenierten Zahlstellen in Ingolstadt und Rosenheim, wo in ersterem Orte bloß noch drei und in letzterem nicht viel mehr Mitglieder vorhanden sein sollen. An den Kollegen unseres Verbandes liegt es aber, mit erneuter feiter Kraft zusammen zu halten, um unsere Zahlstelle noch weiter auszubauen und den letzten Indifferenten zu überzeugen von der Nothwendigkeit des Zusammenschlusses im Deutschen Holzarbeiterverbande in der Zahlstelle Tölz.

Barmen. Die Klaviaturindustrie ist hier durch zwei größere Geschäfte vertreten. Lichtige Arbeiter zu bekommen und bei mangelhafter Bezahlung zu erhalten, ist ein altes Unternehmerideal. Doch will dies bei grober Behandlung und ungesundeten Verhältnissen nicht immer gelingen. In Anbetracht, daß einzelne Abtheilungen unter den Klaviaturmachern ein Monate langes Einarbeiten durchmachen müssen, bevor sie bei dem ausgeprägten Affordsystem einen einigermaßen annehmbaren Lohn verdienen, kam es vor, daß der Fabrikant, Herr Kluge, um den es sich hier handelt, nach Unternehmerdarstellung „zu Schaden kam“. Dies soll anders werden. Herr Kluge hat den Spielraumhoblern angefündigt, daß Neutingerstellte zunächst nur einen Theil der Klaviatur hobeln sollen und zwar nur den vorderen Theil der Halbtonkasten, wofür dieselben einen Preis erhalten, den die Spielraumhobler tagiren können. Diese würden aber soviel weniger bekommen, die Arbeit würde jedoch dieselbe bleiben, kurz und gut, die Kosten des Anlernens sollen die Arbeiter übernehmen. Die Arbeiter haben diese Woche in zwei Fabrikversammlungen Stellung hierzu genommen und einmüthig erklärt, dieses Anjinnen des Herrn Kluge zurückzuweisen. Dem Fabrikant wurde, der daraufhin mit dem Prinzipal unterhandelte, wurde erklärt, dann würden einfach die Anordnungen ohne das Einverständnis der Arbeiter getroffen. Am 26. Januar findet eine weitere Versammlung statt, in welcher der Fabrikant Bericht erstattet. Die Arbeiter sind entschlossen, jeden Lohnabzug abzuwehren. Glücklicherweise hat im vorigen Jahre ein Lohnabzug die Arbeiter in der Mehrheit dem Verbandsvorstande zugeführt, die übrigen sind jetzt beigetreten und sollte es Herr Kluge zum Auslande kommen lassen, so dürfte er erleben, daß seine Arbeiter geschlossen die Fabrik verlassen. Voraussetzlich dürften sich dem auch die Meister anschließen. Einer derselben hat schon gekündigt. In der letzten Versammlung waren sämtliche Meister anwesend und fühlten sich ansehnend

mit den Arbeitern solidarisch. Hoffen wir, daß es zu einem Auslande nicht kommt, sondern Herr Kluge mit den Arbeitern sich vorher in zufriedenstellender Weise einigt.

Breslau. Am 11. Januar fand eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen nur geschäftliche Angelegenheiten. Zunächst erstattete der Obmann der Lohnkommission, Scholich, den Geschäftsbericht. Er schilderte eingehend die Schwierigkeiten und Kämpfe, welche in einer Reihe von Fällen die Lohnkommission zu bestehen hatte. Namentlich mußte sie in zahlreichen Fällen da einschreiten, wo die einzelnen Firmen erhebliche Lohnabzüge gemacht hatten, so daß die dort beschäftigten Kollegen sich hiermit unter keinen Umständen einverstanden erklären konnten. Die Lohnkommission sah sich deshalb zum Einschreiten genöthigt. Dies hatte denn auch vielfach den Erfolg, daß die betreffenden Firmen die Lohnabzüge zurücknahmen und mit den Kollegen resp. der Lohnkommission einen Tarif vereinbarten. Leider mußte aber auch konstatirt werden, daß durch die Laubheit der Kollegen in einigen Fällen ein günstiges Resultat nicht zu erzielen war. Ferner lagen Fälle vor, wo die Werktättenordnung nicht innegehalten war. Bei einer Firma war ein Einschreiten deshalb erforderlich, weil die Kollegen dort eine schlechte Behandlung erfuhrten. So wurden sie mit „Ochse“ und „Esel“ usw. titulirt. Eine solche unwürdige Behandlung konnten sie sich nicht gefallen lassen. Der paritätische Arbeitsnachweis hätte nicht so fungirt, wie allgemein gehofft wurde. Die Kollegen mußten nicht von einer Werkstatt zur anderen gehen, sondern sich an den Arbeitsnachweis wenden. Nur so hätte derselbe Werth. Was die Werktättenordnung anbetrifft, so mußten die Kollegen der Lohnkommission bezw. der Lokalverwaltung Mittheilung machen, wenn dieselbe nicht innegehalten bezw. nicht ausgehängt werde. Scholich regt dann noch an, daß die in der geschweiften Branche beschäftigten Kollegen (Möbelschleifer z. B.) unbedingt einer Lohnerhöhung bedürften. Sobald eine günstige Konjunktur einträte, müßte hier Wandel geschafft werden. Es sei aber vorerst nötig, daß unter den Kollegen energisch agitirt werde, damit sie sich der Organisation anschließen. Ein Erfolg sei nur dann möglich, wenn geschlossen und einig vorgegangen würde. Die Abrechnung der Lohnkommission vom 4. Quartal, welche Kollege Kläfel erstattete, ergiebt folgendes: Einnahme M 134,70, Ausgabe M 131,61, Bestand M 3,09. Die Jahresabrechnung ergiebt folgendes: Einnahme: M 1115,32, die Ausgabe M 1112,23, Bestand M 3,09. Aus dem Bericht des Gesellenausschusses geht hervor, daß im vergangenen Jahre 109 Lehrlinge freigesprochen sind, die außer wenigen nur das Prädikat „genügend“ oder „nicht genügend“ erhielten, da dieselben zum großen Theil ihre Lehre als „Dienstmädchen für Alles“ durchmachen müssen. Außerdem hatte sich der Gesellenausschuß zweimal beschwerbefährend an die Aufsichtsbehörde gewandt, da die Innung entgegen dem Statut denselben nicht zu den Innungsversammlungen hinzugog und ferner, wenn derselbe doch erschienen war, die dafür angelegte Entschädigung nicht bezahlte, obwohl das Statut hierfür die Summe von M 1,50 pro Versammlung festlegt. Die Beschwerden wurden auch von der Behörde als berechtigt anerkannt und die Innung veranlaßt, den Gesellenausschuß zu den Versammlungen laut § 95 der Gewerbeordnung einzuladen und ihn dafür laut § 46 des Innungsstatuts zu entschädigen. In der Diskussion über alle Punkte wurde das Vorgehen und Verhalten der Lohnkommission von sämmtlichen Rednern als richtig anerkannt und ihr dafür auf Antrag Peitert der Dank ausgesprochen. Desgleichen war man damit einverstanden, daß die Lohnkommission aufgelöst und diese dafür in Zukunft aus der Lokalverwaltung gebildet werde. Weiter machte sodann die Versammlung auf den von der Behörde genehmigten Antrag der Ortskrankenkasse der Tischler aufmerksam, wonach der durchschnittliche Tageslohn in der ersten Klasse M 3 (anstatt bisher M 2,40) beträgt, wonach auch Beiträge für Invaliditätsversicherung von 24 auf 30 S pro Woche erhöht werden. (Entsprechend der Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung wird natürlich auch die Rente beim Eintritt der Invalidität eine höhere sein.)

Chemnitz. In der am Dienstag, den 13. Januar, abgehaltenen Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle gab zunächst Kollege Berner einen Rückblick über das verfloffene Geschäftsjahr. Wenn auch die Krise im Berichtsjahre den Holzarbeitern noch tüchtig zusetzte, indem Arbeitsmangel und Entlassungen und in Verbindung damit geschmälerter Verdienst und Krankheit noch überall vorherrschend waren, so habe sich doch die Befürchtung, daß der Mitgliederbestand sinken würde, nicht erfüllt. Derselbe hat sich vielmehr, dank der regen Mitarbeit und Agitation aller Kollegen, um 20 pzt. vermehrt. Redner gedachte noch des Wechsels in der Leitung der Zahlstelle, indem Kollege Schöpflin nach Leipzig überiedelte, um die Leitung (Redaktion) des neugegründeten „Vollblattes für das Muldenthal“ zu übernehmen. Die Zahlstelle verlor in ihm eine Kraft, die so leicht nicht zu ersetzen ist, denn dessen planmäßiger Leitung und Agitation ist es zum großen Theil zu danken, daß bei dem totalen schlechten Geschäftsjahre hier, der die Holzarbeiter am meisten mit betraf, die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen ist. Das Werkstat- und Vertrauensmännerthum kam unter seiner Leitung in Geltung und bewährte sich dies auch heute noch vorzüglich. Lohnbewegungen kamen im Berichtsjahre zwei vor und endeten mit theilweisem Erfolg. In der Wetzlarischen Signübbelfabrik waren den Drechsler, Polirern und Stuhlbauern 25 pzt. Lohnreduktion angefündigt, die aber mit Vergleich endete, indem bei den gewöhnlichen gangbaren Artikeln der alte Preis weitergezahlt wurde, dagegen auf die besseren Artikel, die wenig vorkommen und immer noch einen besseren Verdienst abwarfen, 8 pzt. abgezogen wurden. Der Vergleich ist desto bemerkenswerther, weil in der Fabrik mangels an Aufträgen schon sechs Monate täglich sechs Stunden gearbeitet wurde und das Lager auch voll war. Daß da nicht mehr abgezogen wurde, ist hauptsächlich dem straffen, solidarischen Verhalten der Kollegen, die sämmtlich organisiert waren, zu danken, sowie der taktvollen verständigen Leitung bei Aufstellung ihres Tarifes. Zum Streit kam es nicht, obwohl derselbe vom Hauptvorstande genehmigt war. In dem anderen Differenzfalle in der Kistenfabrik von L. A. Kaden mußten sich die Kollegen eine 20prozentige Lohnreduzierung gefallen lassen, da dort die Indifferenten vorherrschend waren. Der

Lohnabzug wurde mit der Neueinrichtung von Raschauer, für welche extra Raschauerarbeiter angestellt wurden und bei welchen den Arbeitern die schwere Arbeit von der Hand, wie Abrichten, Fugen und Reimen, abgenommen wurde. Der Unternehmer suchte Leute in ergebirgischen Zeitungen und erhielt auch welche. Nach Beendigung der Verhandlungen stellte sich der Lohnabzug auf 10 pZt. Des Weiteren wurde in der Müchener Möbelfabrik vier Kollegen gekündigt, die Kündigung jedoch wieder zurückgenommen, nachdem Kollege Schöpflin mit Herrn Drechsler, dem Chef, Rücksprache genommen hatte. Zum Verhandstage wurde von uns hier Kollege Schöpflin entandt und nahm eine Versammlung, in der dieser Bericht erstattete, einen Antrag an, daß die hiesigen Kollegen sich voll und ganz mit der Haltung ihres Delegierten einverstanden erklären. Der schriftliche Verkehr in der Zahlstelle weist 160 Eingänge und 570 Ausgänge auf, ungeachtet von 100 Ausgängen des Kassirers, und umfaßt dies den Zeitraum von sieben Monaten seit dem Wechsel im Bevollmächtigtenposten. Abgehalten wurden 14 Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen, sowie 21 Vorstandssitzungen. Außerdem wurden in den drei Ortssektionen je alle 4 Wochen Mitgliederversammlungen abgehalten. Nach Verlesung der Abrechnung wurden die Neuwahlen vollzogen. Des Weiteren gab der Gauvorsitzer, Kollege Reibisch, den Bericht des Gauvorstandes. Insbesondere hat sich der Gauvorstand sowie die Lokalverwaltung die Anstellung des Gauvorsitzers für unseren Gau angelegen sein lassen und wurden hierzu die Verhandlungen mit dem Leipziger Gauvorstand gepflogen, die auch von Erfolg waren. Von dem Hauptvorstand wurde, wie schon in der „Holzarbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben, zu diesem Posten unser bewährter Kollege Thielemann gewählt. In den Gauvorstand wurden die Kollegen Reibisch, Hermann Rißner und Koste gewählt. Beschlossen wurde dann noch, den Beschluß vom 25. November, vom 1. April an einen Lokalbeitrag von 5 3/4 pro Woche zu erheben, bestehen zu lassen und eine Abstimmung darüber vorzunehmen. In den Kollegen wird es nun liegen, diesen Beschluß zu respektieren und für den ferneren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Agitation jeder in Werkstätte und Fabrik, wo sich immer Gelegenheit findet, damit die Verhältnisse, unter der die Chemnitzer Holzarbeiter leben und die verbesserungsbedürftig sind, auch einmal verbessert werden können mit Hilfe der Organisation.

Landsberg a. d. W. Lange schon ist es her, daß unsere Versammlungen einen solchen guten Besuch aufwiesen, als in der am 14. Januar abgehaltenen. 96 von 110 Mitgliedern waren anwesend. Es handelte sich um die Wahl der Verwaltung. Alle, bis auf den Kassirer, wurden wiedergewählt. Dieser lehnte ab, weil er zu wenig Entschädigung erhielt, und eine Zulage von 5 pZt. abgelehnt wurde. Das Letztere ist bedauerlich, um so mehr, als sich in kleinen Orten so leicht Niemand findet, der einen solchen verantwortungsvollen Posten übernimmt, da fast sämtliche älteren Kollegen die Annahme eines Amtes in der Verwaltung ablehnen, auch selten in den Versammlungen sich sehen lassen. Hoffentlich wird es nun anders, und es wird wieder so, wie 1898, wo wir allesamt zusammenhielten, Schulter an Schulter standen, um eine kleine Verbesserung unserer Lebenshaltung zu erkämpfen. Wir haben sie damals erreicht, aber leider sind die kleinen Errungenschaften größtenteils wieder flöten gegangen, und zwar nur, weil die Kollegen sie nicht gehütet, sie ohne Interesse haben fahren lassen. Wir wollen hoffen, daß es in diesem Jahre besser wird. Die Aufnahme von neun Kollegen in den Verband an diesem Abend mag ein gutes Zeichen sein für die kommende Regsamkeit unserer Landsberger Kollegen. Möge sie kein Strohhalm sein, sondern recht lange vorhalten.

Magdeburg. In unserer letzten Werkstätten-Delegiertenversammlung, in der leider nur 27 Werkstätten vertreten waren, wurde konstatiert, daß die Arbeitszeit in den vertretenen Werkstätten nicht verlängert und Lohnkürzungen nach dem 1. Januar nicht eingetreten sind. Festgestellt wurde, daß bei folgenden Meistern der tarifmäßige Aufschlag für etwaige Ueberstunden nicht bezahlt wird, und zwar bei Simon Neubauer, Rentner, Enke, Nähmaschinenfabrik, Mundlor & Co., Grimpe, Gebr. Böhlde zahlen nur 5 3/4 Aufschlag. Bei Badelt (Neustadt) werden für Knüppelganituren 18 statt nach dem Tarif 24 und bei Näpfer 21 bezahlt. Die Kollegen bei Ettinghausen hatten keine Zeit, die Fragebogen auszufüllen, wohl aber Zeit, des Sonntags zu arbeiten. Lebhafte Klage wurde geführt über den Werkführer des Herrn Enke; derselbe brachte es fertig, einen Tisch zu vergeben für den Preis von 30. Der betreffende Arbeiter verlangte 50, und nachdem derselbe sich bei Herrn Enke beschwerte, wurden ihm 48 bewilligt. Derselbe Werkführer brachte es fertig, einen Familienvater mit 3,50 Wochenlohn zu entlohnen. Zu verwundern ist nur in dieser Werkstätte, daß die Kollegen sich diese Lohnkürzungen so stillschweigend gefallen lassen. Auch in der Möbelfabrik des Herrn Grimpe herrschen üble Zustände. Die Behandlung der Arbeiter ist unter aller Kritik. Natürlich will die große Mehrzahl der dortigen Arbeiter von der Zugehörigkeit zur Organisation nichts wissen. Herr Grimpe weiß dies sehr gut und deshalb glaubt er, den Arbeitern Alles bieten zu können, ohne Widerspruch zu finden; z. B. bot er für kleine Schränkchen, zirka 1 Meter hoch, 40 Zentimeter breit und 30 Zentimeter tief, 8. Die Kollegen verlangten 7. Mehr als 4 würden nicht bewilligt, sagte Herr G., und haben die betreffenden Kollegen sie dafür gemacht. Wenn hier Rücksicht gezeigt würde, hätte Herr Grimpe, wenn er noch Lust zum Arbeiten hatte, beweisen können, ob bei solchen Schundpreisen noch ein Wochenlohn herauszuschlagen gewesen wäre. Aber wie schon oft, haben auch hier wieder die Arbeiter das Risiko übernommen. Die tariflichen Vereinbarungen scheinen für den Tischlermeister L. Kirchhoff und auch dessen Gesellen nicht zu bestehen. Während im Allgemeinen 9 1/2 Stunden gearbeitet wird, ist hier eine eifständige Arbeitszeit das gewöhnliche Maß; aber auch 12—14 Stunden wurde schon gearbeitet. Da ist es denn auch kein Wunder, daß bald der Eine, bald der Andere mit den Fingern in der Maschine ist. Für die Maschinenarbeit giebt es nicht angestellte Arbeiter, jeder macht die Arbeit selbst, daher auch dort die vielen Unglücksfälle. Die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit haben leider die Magdeburger Holzarbeiter noch nicht eingesehen und ganz besonders ist dies von den Tischlern zu behaupten. Anderenfalls würde das

verdammte Ueberstundenystem eingestellt und die Versammlungen besser besucht. Der Versammlungsbefuch ist der Gradmesser des Willens der betreffenden Arbeiterchaft. Von diesem Gedanken scheinen die Magdeburger Tischlermeister auch auszugehen, anders ist das Verhalten derselben nicht zu erklären. Nachdem am 1. Januar die Zwangsinnung des Tarifes einjoch ignoriert. Hieran ist aber vor allen Dingen die laue Haltung der Magdeburger Kollegen selbst schuld. Arbeitsmangel war eigentlich nicht vorhanden; Arbeitslose giebt es nur Wenige und wollen wir hoffen, daß die Kollegen die nächsten Versammlungen massenhaft besuchen und der Bewegung größeres Interesse entgegenbringen werden, dann werden auch die Tischlermeister Magdeburgs wohl oder übel den Tarif verlängern müssen. Die reisenden Kollegen werden aber dringend gebeten, das Ueberlaufen der Werkstätten zu unterlassen; durch das Ueberlaufen der Arbeitskräfte schmilzt unseren Arbeitgebern der Stamm noch mehr, als es ohnehin schon der Fall ist. Jeder Zureisende hat sich in unserem Bureau, Fochsloßberg 5, um Arbeit zu melden, was leider heute nicht oder höchst selten geschieht.

Mühldorf a. Jun. Die Ausdauer unserer Organisation scheint jetzt doch von Erfolg belohnt zu werden, desgleichen erhalten die Indifferenten und diejenigen Kollegen, welche aus feiger Vereitwilligkeit gegen den Arbeitgeber seinerzeit dem Verbanne den Rücken gekehrt haben, den „wohlverdienten Lohn“ vom Hause Kempf & Geiger. Zunächst muß der Betriebsleiter Hora, der fanatische Heber gegen den Verband und rücksichtslose Leutenausbeuter, den Platz seines „erproblichen Wirkens“ am 1. Februar verlassen, nicht ohne noch vorher auf dem Amtsgerichte sich wegen „Schleppens mit dem Revolver“ nach organisierten Kollegen zu verantworten und hoffentlich die verdiente Strafe für seine Rohheiten zu erhalten. Desgleichen wurden am Samstag, den 17. d. M., 35 Schreiner gekündigt, darunter 10 Arbeitswillige, als Lohn für ihre Raufreiheit. Am 3. Januar war auch großer Jahrtag; abzüglich des Vorschusses erhielten die meisten Schreiner nur zwischen 80 3/4 und 2,60 für 14 Tage geleistete Akkordarbeit an Lohn, mit dem diese armen Leute, darunter die Mehrzahl Verheirathete, 14 Tage wieder leben sollten. Nun, in dem gegründeten und von der Firma subventionirten Vergnügungsverein können sich die Leute ja erholen. Soweit ist es ohne den Rückhalt der Organisation gekommen; hoffentlich ist es den Kollegen in Mühldorf eine weitere Lehre, fest und treu zum Verbanne zu halten, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Sympathie der gesamten Einwohnerschaft ist auf Seite der Organisation, um so mehr, als bei den schlechten Löhnen, die die Firma bezahlt, die indifferenten Leute hübsch viel Anstanden in Gestalt von Schulden bei den Geschäftslenten hinterlassen. Dagegen soll die Filiale in München mit den Erzeugnissen von Kempf & Geiger nicht einmal die Miethekosten eintragen, da die Münchener Bevölkerung, und namentlich die Arbeiterchaft, wenig Lust zeigt, ihre Bedürfnisse dort zu decken und die Münchener Scharfmacher solche Möbel auch nicht kaufen. Nun, die Firma Kempf & Geiger hat allerdings als Genugthuung den zweifelhaften Ruhm, in der Scharfmacherzeitung als Meisterarbeitgeber im Kampfe gegen den verhassten Verband berechtigt worden zu sein; nun, der Organisation schadet es nichts, im Gegentheil wird ein solches Vorgehen nur zu energischer Agitation anspornen, dagegen haben sich schon manche Scharfmacher in München die Zähne ausgebissen und hoffen wir dies auch von der Möbelfabrik Kempf & Geiger.

Neustettin. Kollege Stusche aus Berlin hielt hier einen sehr beifälligen aufgenommenen Vortrag, zu dem Zwecke, eine Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in das Leben zu rufen. Interessant ist, daß die Arbeiter der hiesigen Holzbearbeitungsfabrik (M.-G.) N. Schreiber gar nicht gewußt haben, daß die Hohenholmer Holzbearbeitungsfabrik der gleichen Firma gehört und daß die Neustettiner Arbeiter ihren Bromberger (Hohenholmer) Kollegen beim vorjährigen Streik nicht nur Konkurrenz gemacht haben, sondern ihnen auch unbedacht in den Rücken gefallen sind. Diese verblühende Mittheilung führte dazu, daß 34 Kollegen der Neustettiner Fabrik sofort erklärten, das solle nie wieder vorkommen, wir gründen eine Zahlstelle und erklären uns mit den Kollegen der Schwesterfabrik in Bromberg-Hohenholm in jedem Falle solidarisch. Kollege Stusche erwähnte dann eine Submission auf Zeichnungsfälle für die Technische Hochschule in Charlottenburg, an der auch die Neustettiner eben genannte Holzbearbeitungsfabrik mitbetheiligt war, und zwar als Mindestfordernde. Das Höchstangebot der Firma Lüdtke in Berlin dazu betrug 450 768, das der Firma N. Schneider in Neustettin 8851. — Hier muß erwähnt werden, daß die Firma Lüdtke (Schlößerei) den Probebeschlag angefertigt und für jedes Gestell 48 in Rechnung gestellt hatte; das komplette Gestell hatte sie mit 70 berechnet. Die Firma N. Schneider in Neustettin habe sich aber laut der Offerte bereit erklärt, die 668 Zeichnungsfälle für 8851, d. h. pro Tisch inklusive Beschlag für 13 und 20 1/2 3/4 zu machen. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Offerte der Firma N. Schneider nur für die Holzarbeit, ausschließlich Beschläge, berechnet war (demnach kämen von dem Angebot der Firma Lüdtke 32 064 in Abzug), so wäre immer noch eine Differenz zwischen dem Angebot der Firma N. Schneider und Lüdtke von 8553 vorhanden, oder mit anderen Worten: die Firma N. Schneider will die Arbeit, ohne Beschlag gerechnet, 8553 billiger machen als die Firma Lüdtke in Berlin und auch obendrein auch noch die Frachtkosten von Neustettin nach Charlottenburg bezahlen. In Wirklichkeit sei die Offerte aber mit Beschlag berechnet gewesen und da stelle sich heraus, daß tatsächlich die Firma Schneider 41 917 billiger sei als die Berliner Firma. Wo ein solcher Rechenkünstler an der Spitze eines Unternehmens steht, sei für die Arbeiter selbstverständlich ein auskömmlicher Lohn nicht zu erwarten. Die Arbeiter müßten leider immer das Risiko der Unfähigkeit der Kalkulanten tragen. Einem solchen Unfug müsse mit aller Entschiedenheit begegnet werden; das könne aber nur durch die Arbeiter selbst geschehen, die es ablehnen, für Schundpreise zu arbeiten. Zu einem solchen, man könne sagen Kulturkampf wäre die Einigkeit der Arbeiter Vorbedingung.

— Am 11. Januar sprach dann Kollege G ü t h - Berlin hier, der uns in großen Zügen die Nothwendigkeit und die

Vorteile der Organisation vor Augen führte und zum bringlichen Anschluß an die Organisation ermahnte. Hieraus erfolgte die Wahl der Verwaltung. Gewählt wurden die Kollegen Espe, Jastraw, Meinte und Hillbrandt. Kollege B ü n k o w aus Bromberg nahm dann das Wort und schilderte in anschaulicher Weise die Kämpfe, welche die Kollegen der Hohenholmer Schwesterfabrik im verfloffenen Jahre durchgemacht haben, und daß es ihnen schließlich doch gelungen sei, einen halbwegs betriebsigen Tarif zur Anerkennung zu bringen. Ein Vergleich mit den Neustettiner Preisen zeige, daß in Neustettin um 30—50 und mehr Prozent billiger gearbeitet werde als in Hohenholm. Er hoffe, daß, nachdem sich die Kollegen der beiden Schwesterfabriken die Bruderhand gereicht hätten, die gegenseitige Konkurrenz und andere Uebelstände baldigt aufhören würden. Ueber die Lohnverhältnisse am Orte gab dann Kollege P a u a n n noch einen kurzen Ueberblick. Rame es wirklich einmal vor, daß ein Kollege bei einer Arbeit ein paar Groschen mehr als gewöhnlich verdiene, könne er sicher sein, daß beim nächsten Stück ein Abzug folge. Verschiedene Kollegen arbeiteten auch ohne Veranlassung und Befehl noch Ueberstunden. Er hoffe, daß mit dem heutigen Geburtstag der Zahlstelle auch zugleich das Begräbnis der Ueberstunden gefeiert werde. Kollege Espe dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und schloß mit dem Wunsche die Versammlung, daß die Zahlstelle recht bald alle Holzarbeiter Neustettins umfassen möge.

Schmölla. Seit Jahren ist in unseren Versammlungen darüber Klage geführt worden, daß die Interesslosigkeit der Kollegen in der Schade'schen Uhrgehäusefabrik eine so große ist, da sich dieselben, mit nur einigen Ausnahmen, dem Verbanne gegenüber vollständig reservert hielten. Aber gerade in der Fabrik, die im Jahre 1893 errichtet wurde, stand es bislang immer am schlimmsten für die Arbeiter, während sich die Herren Fabrikhaber rühmen konnten ob ihres guten Verdienstes. Der Wechsel der Arbeiter war an der Tagesordnung, gewiß nicht zur Vortheil des Unternehmers und für die Herren. Die Sache ging aber und heute werden in dem bedeutend vergrößerten Betriebe annähernd 100 Personen beschäftigt. Da muß natürlich auch mehr Leben unter die Arbeiter kommen, zumal eben schlechte Löhne gezahlt werden, und ein längeres Fernbleiben derselben von ihrem Verband wäre eine Unverantwortlichkeit, wie man sie sich schlimmer thätig nicht denken könnte. Angeregt durch das Vorgehen der Fährlichen Arbeiter, machten nun auch sie vorige Woche mit einer Fabrikbesprechung einen Versuch. Es fehlten nur Wenige; 30 Personen ließen sich, nachdem ihnen von einigen Kollegen der Nutzen des Verbandes vor Augen geführt worden war, als Mitglieder aufnehmen, und der Vorschlag, eine Kommission zu wählen, welche in Gemeinschaft mit den übrigen am Orte beschäftigten Uhrgehäusearbeitern und Arbeiterinnen die Lohnfrage einmal gründlich regeln und den Fabrikanten einen Lohnstarif mit Mindestlohnsätzen später, wenn sämtliche Kollegen und Kolleginnen in der Branche organisiert sind, unterbreiten soll, wurde einstimmig angenommen. Bei der Firma Fährler ist die von den Arbeitern gewählte fünfköpfige Kommission bereits schriftlich anerkannt worden, mit dem Bemerken des technischen Leiters der Fabrik, daß organisierten Arbeitern niemals etwas in den Weg gelegt werden würde, sie, nämlich die Arbeiter, sollten nur darauf sehen, daß sich alle Arbeiter organisieren und die niedrigen Lohnsätze in anderen Fabriken beseitigen, damit nicht fortgesetzt auf Kosten der Arbeiter billiger produziert und verkauft wird. Wenn alle Arbeiter am Orte diese Worte des Herrn beherzigten, so dürfte es bald besser um sie bestellt sein, sie nahmen auch den angekündigten Lohnabzug zurück, jedenfalls auf die Arbeiter bauend, daß darauf hingewirkt wird, daß auch die übrigen Fabrikanten denselben Lohn zahlen, und sie werden ihn zahlen müssen, wenn es die Arbeiter anders nicht mehr mit ansehen, anders nicht mehr länger so hingehen lassen wollen. Jeder Fabrikant hat seine Lohnabzüge bisher mit dem Hinweis auf die anderen Fabrikanten motivirt, und mit dieser schlechten Vertheidigung haben sich die Arbeiter nun Jahre lang über den Kaffeebarbieren lassen, trotzdem sie mit eigenen Augen sahen, daß es die Uhrgehäusefabrikan ten recht bald zu einem tüchtigen Vermögen brachten. Sie konnten also mehr geben. An der Einigkeit der Arbeiter hat Alles gelegen. Die Herren wissen es besser als die Arbeiter! Arbeiter, überzeugt Euch davon, schaffet Euch in der Organisation eine einige und einzige große Macht gegen solche Uebergriffe, dann wird das von Euch selbst — wenn auch ungewollt — jammervolle Dasein bald beseitigt werden können! Aber auch nur dann!

Wanne. Herr Schade, Schreinermeister, hier, ist ein äußerlich sehr christlicher Mann, sieht er doch in Kirchenvorstände; das hindert natürlich nicht, daß er Arbeiter, die schon drei Jahre bei ihm thätig sind, am Weihnachtsabend auf's Pflaster werfen wollte, trotzdem Arbeitsmangel nicht die Ursache ist. Das Sonderbare dabei ist, daß er, um seine christliche That am Vorabend des Festes christlicher Liebe auszuführen zu können, dem Arbeiter in groben Worten blaßfärblich machen wollte, daß er ihm bereits vor 14 Tagen gekündigt habe, was natürlich nicht der Fall war. Schade mußte wohl oder übel zugeben, daß er dem betreffenden, der Kassirer der Zahlstelle ist, nicht gekündigt habe. Hinaus aus der Werkstätte sollte auch der Bevollmächtigte der Zahlstelle. Dieser hatte mit dem Werkführer eine scharfe Auseinandersetzung wegen dessen Geschäftsmauzerei und wurde zehn Minuten später vom Sohne des Herrn Sch. gekündigt, natürlich — wegen Arbeitsmangel. Am 16. Januar kommt nun der Sohn zu dem betreffenden und es entwickelt sich folgendes Zwiegespräch: Sch. jun.: „Wüssten Sie wohl morgen die Papiere abholen, denn die sind jetzt noch nicht fertig.“ Sch.: „Haben Sie das Recht, mir zu kündigen?“ Sch.: „Nein, das habe ich nicht, ich beschäffige Sie ja auch nicht, Sie müssen dann noch 14 Tage arbeiten.“ Am 17. kam dann fünf Minuten vor Feierabend Herr Sch. sen. und brachte dem Kollegen die Karte. Dieser verlangte nun jedoch 14tägige Kündigung, da sein Sohn eingestandenemachen kein Recht gehabt habe, ihm zu kündigen. Darob geriet der fromme Herr Schade in helle Wuth und schrie nach Zeiten. Der nebenstehende Kollege konnte nur bestatigen, was der Sohn Sch.'s gesagt hatte. Darauf erklärte Sch. ihm: „So, wenn Sie das auch gehört haben, dann können Sie auch aufhören, dann kommt Ihr in 14 Tagen zusammen gehen.“ In seinem Zorn wandte er sich dann belehrend mit den Worten: „Min Summ, das bes Du bumm gemacht.“ (Ei, ei, Herr Schade, welche Schluß-

folgerungen ließen sich aus der Mündigung des angerufenen Zeugen und der Belehrung Ihres Sohnes ziehen? Für Ihre Stellung im christlichen Kirchenvorstand sehr, sehr bewundernd und sehr anerkennend. Die Red. Das Hinauswerfen der Arbeiter kann nur darauf abgezielt sein, die Leiter der Pahlstelle arbeitslos und unschädlich zu machen. Arbeitsmangel ist nicht vorhanden, denn es wird noch jeden Tag elf Stunden gearbeitet. Nun, die Vermeidung der Pahlstelle wird Herrn Sch. nicht gelingen. Seine Handlungsweise wird den hiesigen Kollegen ein Ansporn sein, mehr als bisher zu agitieren, um die Pahlstelle zu einer Macht zu bringen, mit der auch Herr Schade noch rechnen müssen.

Bittau. Herr Bippmann ist darüber, daß seine Gesellen sämtlich dem Holzarbeiterverbande angehören, und von seiner Fabrik der Zugang ferngehalten soll, sehr enttäuscht. Er fragte einen fremden Arbeiter, wer das veranlaßt habe, worauf dieser prompt antwortete, das sei geschehen, daß die auswärtigen Tischler, die er (Herr Bippmann) durch vielversprechende Inzerate anzulocken suchte, vor Enttäuschungen bewahrt werden sollten. Da müsse er denn doch einmal ein ernstes Wort sprechen, meinte Herr L., und der Erste, der es merkte, war der Kollege Schneide, denn dieser wurde, angeblich wegen Arbeitsmangel, sofort entlassen. Der ehemalige Verbandskollege, jegliche schneidende Werkführer, Gültig erklärte dem Entlassenen auf die Frage, warum dies geschehe, da doch Arbeitsmangel nicht der wahre Grund sei, weil schon wieder neue Arbeiter eingestellt seien: „Nun, Herr L. kann doch entlassen und einstellen, wen er will.“ Sowohl Behandlung als Löhne der Arbeiter lassen bei Herrn L. viel zu wünschen übrig. Einen Gesellen, der nur $\text{M} 10$ verdient hatte, verwies er aus dem Comptoir, als er um einen geringen Vorstoß bat.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Herr S. Salge, Dampfdrehsterei und Holzbearbeitungsfabrik in Oranienburg bei Stettin, hat mit seinen Arbeitern häufig Lohn Differenzen. Schon oft mußten Lokalarbeiter und Gaurvorstand eingreifen, jedoch war der Friede nie von langer Dauer. Schon vor Weihnachten wurde den Drehsternern erneut ein Lohnabzug von 20 bis 25 pzt. angekündigt, und zwar handelte es sich um Tischfüße. In der Zwischenzeit sind Arbeitsburden angenommen, welche die Füße beizen und schleifen. Den Drehsternern blieb dann das Polieren. Da das Schleifen und Schleifen aber sehr mangelhaft ausfällt, und die Drehstern gute Arbeit liefern sollen, erklärten diese, daß sie die Arbeit für den reduzierten Preis nicht machen. Ihnen sind pro hundert Füße $\text{M} 4$ abgezogen, die Arbeitsburden bekommen aber nur $\text{M} 1,50$, den Lebenslohn von $\text{M} 3,50$ stellt Herr Salge als Vorbedienst in die Tasche. „Wem dies nicht paßt und wer die Arbeit nicht für den Preis machen will, der kann gehen, es giebt Arbeiter genug“, sagt Herr Salge. Die Arbeiter sind auf Beschluß der Mitglieberversammlung vom 23. Januar nochmals vorstellig geworden, leider ist keine Einigung erzielt und daraufhin gekündigt worden. Nach der letzten Verhandlung erklärte Herr S.: „Von jetzt ab wird keiner mehr angenommen, weder ein Gaurvorstand noch der „Deifel“, ich habe zu bestimmen.“ Es ist selbstverständlich, daß kein Kollege und kein „Deifel“ bei Herrn Salge Tischfüße dreht, so lange er dieselben halb umsonst fertig gemacht haben will. Also fernbleiben!

Herr Karl Jurek, Holzwaarenfabrikant in Lübbenau, hat eine neue Reilmaschine zur Anfertigung von Reilmaschinen für einen Spezialartikel (Serbische) aufgestellt. Selbstverständlich sollen die Kosten so schnell wie möglich herausgeschlagen werden, aus — den Arbeitern natürlich. Herr J. hat unter Bezugnahme auf die angebliche Arbeitsersparnis 30 pzt. des bisherigen Akkordpreises in Abzug gebracht. Die Arbeiter behaupten, daß sie an Arbeit nicht nur nichts sparen, sondern daß sie jetzt mehr Arbeit haben, als damals, als sie die Reilmaschinen mit der Hand anfertigten. Die Kollegen bitten, so lange die Differenzen nicht beigelegt sind, bei Herrn J. nicht Arbeit anzunehmen.

Wegen Lohnabzugs seitens der Firma Wegig in Döbeln, Luxusmöbelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma sucht von Leipzig und Umgegend Tischler, Drehstern und Polierer zu bekommen. Also Obacht! Von Döbeln fernbleiben!

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Hemmer'sche Maschinenfabrik in Lambrecht verkracht. Diese Maschinenfabrik, die durch bedeutende Lohnreduktionen vor reichlich einem Jahre einen 16wöchigen Streik herausbeschwor, der ihr zugestandenem mehr als $\text{M} 200 000$ Schaden verursachte, hat der Pleitegegeter. In der letzten Versammlung der Aktionäre in Ludwigshafen, kamen so manche Interna zum Vorschein, warum das Geschäft nicht prosperierte. Es wurde von einer Kommission, die die Bücher usw. revidierte, festgestellt, daß das Geschäft sehr wohl rentabel gewesen wäre, hätte keine so große Mißwirtschaft bestanden in der Leitung. Herr Kommerzienrat Hemmer habe sich eine Villa für $\text{M} 120 000$ bauen lassen. Für ein noch nicht einmal einen halben Kilometer langes Anschlußgleis seien $\text{M} 140 000$ aufgewendet worden. Die Summe stehe zu der Arbeit in schreiendem Mißverhältnis. Bei einem jährlichen Umsatz von $\frac{1}{4}$ Millionen seien die Verwaltungskosten enorm hoch. 1895 wurden dafür $\text{M} 145 000$ ausgegeben, im letzten Jahre $\text{M} 300 000$, im verfloßenen Halbjahr $\text{M} 151 000$. Dem Herrn Hemmer wurde vorgerechnet, daß er seit 1891/92 nahezu $\text{M} 600 000$ aus der Fabrik einommen habe. An Gehalt $\text{M} 162 500$, an Lantien $\text{M} 64 654$, an Dividenden $\text{M} 326 545$, an Reisekosten $\text{M} 15 000$ und an Repräsentationskosten $\text{M} 42 000$. Man sieht, Herr Hemmer versteht es so einzurichten, daß er nicht zu kurz kommt. Ein Vorschlag, er möchte die Villa käuflich übernehmen, damit Geld in die total leere Kasse käme, um den Arbeitern die Löhne zahlen zu können, lehnte er ab, da er selbst nichts mehr habe. Zur Sanzen wurden seit 1891/92 an Lantien etwa $\text{M} 87 000$ bezahlt, an Dividenden $\text{M} 340 000$. Die Unterbilanz beträgt $\text{M} 798 654$. Die Banken sind durch Hypotheken gedeckt, die sonstigen Gläubiger haben das Nachsehen.

Für die Arbeiterschaft, die seither die Folgen dieser Mißwirtschaft zu tragen hatte, ist der Konkurs von schwerem Nachtheil, da im Lambrecht Thal so leicht keine Arbeitsgelegenheit zu finden sein dürfte. Dazu überall schlechter Geselbtsgegang.

Gewerkschaftliches.

Verbandsstages. Der Verband der Glaser wird seinen 10. Verbandsstag am 12. und 13. April in Leipzig abhalten. — Der Gemeindegewerkschaftsverband Berlin ab. — Die 8. Generalversammlung des Seemannsverbandes findet vom 20. bis 23. April in Hamburg statt. — Der Bergarbeiterverband hält seine 14. Generalversammlung am beiden Pfingstfesttagen zu Bittau ab. Von der vorgesehene Tagesordnung derselben sind neben den geschäftlichen Punkten, die auf jeder Generalversammlung wiederkehren, bemerkenswerth die Punkte: „Einführung der Arbeitslosenunterstützung“ und „Das Sanitätswesen in der Montanindustrie.“

Die Verschmelzung des Zentralverbandes der Elektromonteuere und Berufsgeoffenen Deutschlands mit dem Deutschen Metallarbeiterverband wird schon zum 1. Februar dieses Jahres erfolgen. Der Beschluß der Elektromonteuere erfolgte mittelst Urabstimmung. Mit den Elektromonteuere ist die dritte zentralistische Berufsorganisation in den Metallarbeiterverband übergetreten. Die erste war der Gold- und Silberarbeiterverband, der zweite der Zentralverband der Former.

Ein Kartellvertrag ist zwischen den Zentralverbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer geplant. Derselbe ist von den betheiligten Zentralverbänden bereits genehmigt worden und wird den diesjährigen Generalversammlungen beider Verbände vorgelegt werden. Der Entwurf enthält Bestimmungen über das gemeinsame Vorgehen in taktischen Fragen bei Lohnbewegungen und Streiks, sowie in Organisationsfragen. Zu diesem Zwecke sollen regelmäßige Sitzungen der Vereinigten Vorstände mindestens alle zwei Monate stattfinden. Für das gegenseitige Verhalten bei Lohnbewegungen und Streiks ist ein besonderes Regulativ ausgearbeitet, das eingehende Bestimmungen enthält. So sollen bei gemeinschaftlichen Lohnbewegungen und Streiks auch gemeinsame Sitzungen der Kommissionen abgehalten werden; § 3 bestimmt: „Lassen sich die Unternehmer auf Unterhandlungen ein, aber nicht mit allen an der Lohnbewegung respektive dem Streit betheiligten Berufen, dann ist bei den Unterhandlungen nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß für die Nichtbetheiligten ebenfalls Vereinbarungen getroffen resp. Zugeständnisse gemacht werden.“ Weiter wird festgesetzt, daß bei einem Streit, an dem nur einzelne Gewerbe betheiligt sind, die Nichtstreikenden den Streikenden gegenüber zur Solidarität verpflichtet sind, d. h. daß sich die zu den Berufen der Streikenden gehörenden Arbeiter alle dem Streit anschließen und daß irgendwelche Arbeiten der Streikenden von den verwandten Berufen nicht verrichtet werden. Anschließend an den Kartellvertrag ist auch eine Vorlage ausgearbeitet, die die Aufnahme berufsfremder Arbeiter und deren Uebertritt aus der einen Organisation in die andere regelt. Die Aufnahme ist gestattet, wenn ein Zweigverein der betreffenden Berufsorganisation an dem Orte nicht besteht, und zwar unentgeltlich unter Wahrung der Rechte innerhalb vier Wochen nach dem Austritt aus der anderen Organisation. Sind mehr als zehn berufsfremde Arbeiter in einem Zweigverein, so sollen sie einen eigenen Zweigverein gründen.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den betriebligen Kartellvertrag zeigt, daß sich uns in dem oben skizzirten Kartellvertrag, erfüllt uns mit lebhafter Genugthuung. Diese Abmachungen bedeuten einen entscheidenden Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Bauarbeiterschaft.

Die Gewerkschaftsbewegung keine Klassenbewegung.

Im „Correspondent“ der Buchdrucker war wieder einmal eine Diskussion entbrannt aus Anlaß eines Kerkhäuser'schen Artikels, der darauf hinauslief, mit anderen Worten dieselben Anschuldigungen gegen die sozialdemokratische Partei vorzubringen, die in den kaiserlichen Medien in Breslau und Essen dominierten. Die „Leipziger Volkszeitung“ zieht nun aus diesem Artikel, die kein ernsthafter Gewerkschaftler billigt, und der daran anschließenden Diskussion die blödsinnige Schlussfolgerung, daß die Gewerkschaftsbewegung keine Klassenbewegung sei. Sie faßt das Ergebnis ihrer Forderung in folgende pyramidale Sätze zusammen:

„Man hat häufig die politische und die gewerkschaftliche Organisation als die beiden gleichberechtigten und einander ergänzenden Theile der proletarischen Klassenbewegung bezeichnet. Diese Auffassung ist schon aus dem Grunde falsch, weil die gewerkschaftliche Bewegung gar keine Klassenbewegung ist. Sie organisiert den Arbeiter nicht als Arbeiter im Allgemeinen, nicht als Glied seiner Klasse, sondern im Gegentheil als Arbeiter im Speziellen, als ein Glied seines Standes, als Buchdrucker, Schreiner, Wildhauer. Die Gewerkschaftsbewegung ist als solche nicht nur keine Klassenbewegung, sondern das Gegentheil einer Klassenbewegung, an die Stelle des Solidaritätsgefühls mit dem Genossen setzt sie das Solidaritätsgefühl mit dem Kollegen. Ihrer ganzen Natur nach ist sie beschränkt auf einen kleinen Bruchtheil der arbeitenden Massen und zwar auf ihren bestbezahlten und geistig entwickeltesten. Sie ist die Bewegung der Arbeiteraristokratie, nicht der Arbeiterklasse. Sie steht nicht in einem ergänzenden oder gegensätzlichen, sondern in gar keinem Verhältnis zu der proletarischen Klassenbewegung. Sie ist an sich weder gut noch schlecht.“

Dieses ungereimte Zeug lieft sich wie ein verunglückter Witz, den irgend ein Lokalreporter über eine Gewerkschaftsversammlung macht. Wer wollte aber darin die ernsthafte Beurteilung der deutschen Gewerkschaftsbewegung durch ein sozialdemokratisches Parteiblatt vermuten. Selbst ein nationalliberaler Professor würde sich höchlichst dagegen verwahren, als Autor dieses Urtheils verdächtigt zu werden. Aber der „Leipziger Volkszeitung“ blieb es vorbehalten, den deutschen Arbeitern diesen Blödsinn, allen Ernstes aufzu-

stischen. Daß sie nicht das erste Mal, sondern schon wiederholt die Gewerkschaften karrikirte (man erinnere sich des Artikels zur Begründung des Stuttgarter Gewerkschafts-Kongresses), läßt auf krankhafte Neigungen schließen, die besonders durch das Wörtchen „Buchdrucker“ ausgelöst werden. Dagegen ernsthaft zu streiten, wäre absurd.

Verfehlte Liebesmuth. Im Anschluß an den Berliner Gewerkschaftskonflikt aus Anlaß der letzten dortigen Gewerkschaftswahlen war es zwischen dem Führer der lokalistischen und dem der zentralistischen organisirten Maurer Berlins, Gehl und Silbermann, im „Vorwärts“ zu mehrfachen Auseinandersetzungen gekommen. Im Verlaufe derselben legte der „Vorwärts“ den gewerkschaftlich organisirten Genossen beiderlei Richtungen nahe, dem bedauerlichen, für die Arbeiterbewegung schädlichen Zwist im gewerkschaftlichen Lager ein Ende zu machen, sich zu vereinigen, um den für beide Theile notwendigen Frieden auf die Dauer zu sichern. Mit diesem Vorschlag ist der Regierungsbaumeister a. D. aber auch so garnicht einverstanden. Er lehnt es in der „Einigkeit“ entschieden ab, den guten Rath des „Vorwärts“ im „Vorwärts“ zu befolgen. „Wir lassen uns“ — so schreibt die „Einigkeit“ am Schlusse ihres Artikels — „durch die Masse der Wiedermeierei im „Vorwärts“ nicht von unserer wohlüberlegten Taktik ablocken, wir erkennen die verbändlerische Volkssklave unter dem Schafspelz des „Vorwärts“.“

Das war vorauszu sehen, daß der alte Kehler dem „Vorwärts“ keine Seite spinnt, wenn dieser ihm mit solchen Vorschlägen kommt. Der Weizen der „Einigkeit“ kann ja nur wahrhaft gedeihen, wenn die bestehende Uneinigkeit im gewerkschaftlichen Lager, der Zwiespalt zwischen Lokalisten und Zentralisten aufrecht erhalten und gepflegt wird. Deshalb wettert Kehler in seiner „Einigkeit“ wie ein Rohrspag gegen Alles, was wie Einigkeit der Gewerkschaften aussieht. Insofern Erachtens ist es deshalb auch der richtigere Weg, wenn die Gewerkschaften sich darauf beschränken, weiter wie bisher jedem aus dem Lager der Lokalisten zu ihnen kommenden den Eintritt in die Zentralverbände zu erleichtern. Das ist langwieriger als der vom „Vorwärts“ vorgeschlagene Vereinigungsprozeß, aber es ist um so erfolgversicherer. Denn mit der Zeit müssen auch die verböhrtesten Lokalisten einsehen lernen, daß sie mit Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Taktik nur dem Kehler nützen, sich selbst und der ganzen großen Arbeiterbewegung aber empfindlichen Schaden zufügen.

Eine empfindliche moralische Niederlage der Kehler'schen Lokalisten.

Ein recht beirrendes Bild für die deutsche Arbeiterbewegung bot ein Prozeß, der am 2. Januar d. J. in Berlin zum Austrag kam. Angeklagt war der Redakteur des in Hamburg erscheinenden „Zimmerer“, Genosse Ede; weil er im Verlauf einer Preßfehde dem Führer der Berliner lokalistischen Zimmererbewegung, Fischer, etwas gar zu deutlich die Wahrheit gezeigt hatte, ohne seine Worte reichlich abzuwägen, hatte dieser gegen ihn eine Privatklage angestrengt. Ede wurde zwar, wie vorauszu sehen war, verurtheilt, und zwar zu einer Geldstrafe von $\text{M} 150$; doch bedeutet dieser ganze Prozeß nichts weiter als eine einzige moralische Niederlage der Kehlerianer. Und dieser Umstand zwingt uns dazu, diesen Prozeß kurz zu würdigen.

Wer wie wir seit Jahren fortgesetzt die Gewerkschafts- presse verfolgt, der weiß, daß die Kehler'sche „Einigkeit“ fortgesetzt und immer wieder die Führer der zentralistisch organisirten Gewerkschaften in der pöbelhaftesten Weise herunterzuzerren den Versuch gemacht hat, obwohl von dieser Seite an wenigsten und jedenfalls nicht zu solchen Angriffen Anlaß gegeben war. Und besonders die Leiter des Zimmererverbandes haben seit Jahren die schofeltesten Angriffe des Herrn Kehler erfahren müssen. Wir entfiemen uns noch genau jener Artikel, in denen mehrere Duzend Male allein der durch gesperrten Druck besonders hervorgehobene Ausdruck „Ehrenbringmann“ wiederholte. Nun ist es getwis nicht Jedermanns Sache, sich fortgesetzt vor einer Seite anpöbeln zu lassen, die mit ihrer Schimpferei notorisch nur die eigene moralische Fragwürdigkeit verdeckt, und so hatte der „Zimmerer“ den „Einigkeit“'Leuten einige Male eine recht kräftige Abfuhr bereitet, die allerdings nicht sonderlich höflich ausfiel und, weil sie von Thatsachen berichtete, nicht geeignet war, das Ansehen der Kehlerianer irgendwie zu fördern. Eine solche Kennzeichnung konnten diese Leuten natürlich nicht vertragen und da sie am Ende ihres Vateins angelangt waren, wählten sie das Mittel, das sonst nur von den schofeltesten Unternehmern gegen Arbeiter, ihre Presse und ihre Führer angewandt wurde — sie strengten gegen den „Zimmerer“, also gegen ein Bruderblatt, die Beleidigungsklage an, sie, die von jeher in der unmotivirtesten und pöbelhaftesten Weise die Bruderpresse beleidigt hatten. Zwar waren sie vorsichtig genug, nur jene Artikel des „Zimmerer“ unter Anklage zu stellen, die rein moralische Beleidigung gebracht hatten und jene nonchalant zu übersehen, die ihnen unangenehme Wahrheiten enthielten — es wäre ja auch gar zu schlimm gewesen, wenn sie sich ihre unqualifizirbaren Streiche gerichtlich hätten beschleunigen lassen müssen. Dafür machten sie sich aber die arbeiterfeindliche Rechtsprechung unserer Gerichte zu Nutze, die ja bis zur Anwendung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse gediehen war; sie machten die Beleidigungsklage in Berlin anhängig, obwohl der Gerichtsstand des „Zimmerer“ Hamburg war. Leicht wäre es ja für den Redakteur des „Zimmerer“ gewesen, Widerklage zu erheben, und eine erhebliche Bestrafung der „Einigkeit“ wäre die Folge gewesen. Denn vor wie nach der Veroffentlichung der inkriminirten Artikel des „Zimmerer“ hat die „Einigkeit“ sich gegen sie der beleidigendsten Schreibweise bedient. Genosse Ede hat es abgelehnt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Es ist eben nicht Jedermanns Sache, den Kehlerianern auf ihren verschlungenen Pfaden zu folgen; den Herren bleibt der Ruhm jedenfalls ungeschmälert, daß sie in einer von ihnen selbst bis auf das Aeußerste geführten Polemik mit einem Bruderblatt die Gerichte in Anspruch nahmen, und zwar unter Anwendung des nur von den Arbeiterfeinden getamnten fliegenden Gerichtsstandes der Presse.

Und noch etwas ist von Interesse an diesem Prozeß: daß sich ein der sozialdemokratischen Partei zuzählender Rechtsanwalt fand, der den Kehler'schen Privatkläger in diesem heimlichen Prozeß betrat. Viktor Fränkl hieß der Parteigenosse, der es fertig brachte, gegen ein Arbeiterblatt vor-

ambulanten Gerichtsstande zu plädieren. Es ist recht weit gekommen.

8. Die Gewerksvereiner können auch anders. Am 19. Januar sprach in Mannheim, das wegen seiner Schwanenbergererei zu einer Berühmtheit gelangene Generalratsmitglied Gleichauf, ehemaliger Straßenbahnwalzmeister in Mannheim. Die Versammlung war von etwa 250 Personen besucht, darunter etwa 50 Mitglieder des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins. Gleichauf, im Gefühl, eine gründliche Abfuhr zu erleben, wenn er die abgedroschenen Phrasen von Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zum Besten gäbe, spielte in der Versammlung den Radikalen. Sein Thema bildeten die bekannten letzten Kaiserreden von der Tischdruckerschneiderei. Er geißelte die Arbeiter, welche die Guldbigungsadresse unterschrieben hätten. Die Arbeiter könne man von den Organisationen nicht mehr trennen. Der Kapitalismus mache keinen Unterschied zwischen dem Gewerksvereiner und einem sozialdemokratischen Arbeiter. Eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sei nicht mehr möglich. Das Unternehmertum gehe gegen alle Organisationen mit der gleichen Brutalität vor. Auch jetzt sei wieder das Scharfmacherthum an der Arbeit. Pflicht jedes Arbeiters sei es, sich einer Organisation anzuschließen, gleichviel welcher Richtung. Die ganze gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation gebiete der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dringend, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen, der vereinten Macht des Unternehmertums, der Bedrücker der Arbeiterschaft, müsse man die geeinte Macht der Arbeiterschaft entgegenstellen. Die gesamte Arbeiterschaft müsse ohne Rücksicht auf ihre sonstigen Anschauungen bei der Reichstagswahl, dem ihre Stimme gehen, der ihre Interessen auch wirklich vertritt. Die brutale Vergewaltigung der Minorität im Reichstag in dem Kampfe gegen die neue Belastung des Volkes werde die Arbeiter zusammenschmeißen. Dann wären die Kaiserreden nicht umsonst gehalten, wenn dieses Ziel erreicht würde. Die Majorität des Reichstages würde dann die Rechte der Minorität, welche die große Masse des Volkes vertritt, nicht mehr mit Füßen treten. „Glauben sie mir“, rief Gleichauf pathetisch, „daß ich einen weit stärkeren Zorn gegen die bestehenden Klassen habe, als sie ein Anarchist haben kann.“ Von einem Diszussionsredner in die Enge getrieben, derselbe Gleichauf hätte vor gar nicht langer Zeit in Jena eine ganz andere Stellung eingenommen, indem er dort die Wahl von Kaiserlandkandidaten empfahl, bei der nächsten Reichstagswahl, suchte sich vergeblich aus der Schlinge zu ziehen, nur einmal sei er im letzten halben Jahre in Jena gewesen, nachher mußte er doch zugestehen, daß er vor acht Tagen dort eine Versammlung abhielt. Folgende von Gleichauf vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme.

„Die heute in der „Zentralhalle“ in Mannheim tagende, zahlreich besuchte öffentliche Versammlung des Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter spricht ihre Mißachtung aus über den Versuch, die gegenwärtige Nothlage der Arbeiter zu mißbrauchen, um die Gesinnung der Arbeiter zu fälschen. Die Versammlung sieht in der Organisation ihre natürliche Vertretung, während das Unternehmertum in seiner Mehrheit bestrebt ist, die bescheidensten und gerechtfertigsten Forderungen der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Die Versammlung erwartet von jedem Teilnehmer, daß er dazu beiträgt, alle zu erwartenden neuen Angriffe auf die Organisationen der Arbeiter zurückzuschlagen. Das ist am besten möglich, wenn die Arbeiter aller Organisationen sich gegenseitig verstehen lernen, damit in Zukunft das Denken des Einzelnen, sowie der religiöse Glaube eines Jeden geachtet und ein gemeinsames Vorgehen in allen politischen Fragen ermöglicht wird. Und wenn endlich die bestehenden Organisationen sich fortwährend vermehren und vergrößern, so wird hierdurch der Einzelne aufgeklärt und erhält Kenntniß von allen großen Fragen der Zeit. Die Wahlen zu allen Körperschaften werden dann immer mehr die wahre Gesinnung der Arbeiter widerspiegeln und die irdischen Tatsachen müssen dann ihren Weg finden bis zu den höchsten Spizen.“

Der Koalitionsrechtskampf in England. Der neue Koalitionsrechtsprozeß, der auf Grund des Taff-Wale-Entscheides gegen eine englische Gewerkschaft anhängig gemacht worden ist, ist bereits entschieden und zwar wieder zu Ungunsten der Arbeiterschaft. Die streikenden Bergleute von Denaby sind des Kontraktbruches schuldig gesprochen worden, der Streik ist deshalb nach Ansicht des Richters ungesetzlich und deshalb darf die Bergarbeitergewerkschaft künftig keine Streikunterstützung mehr ausüben. Das ist natürlich ein schwerer Schlag für die Streikenden. Aber er ist nur das Vorpiel kommender Anfechtungen. Jetzt, da die Ungesetzlichkeit des Streiks gerichtlich konstatiert ist, hindert die Bergwerksgesellschaft nichts mehr, auf Schadenersatz gegen die Gewerkschaft der Bergleute zu klagen, da diese Gewerkschaft selbstverständlich den Streik unterstützt hat. Nach der Logik des Taff-Wale-Urtheils ist sie nun auch mit ihren gesammelten Geldern haftpflichtig für allen Schaden, den der ungesetzliche Streik der Bergwerksgesellschaft zugefügt hat. Daß die Besitzer der Bergwerke von Denaby nicht zögern werden, eine solche Schadenersatzklage zu erheben, geht daraus hervor, daß der Kläger, der den ersten Prozeß einleitete, ein Trades-Unionist ist, der bei seiner Klage von der Bergwerksgesellschaft finanziell unterstützt wurde. Die englischen Arbeiter wollen über die Abwehr der Gefahr auf einem großen außerordentlichen Trades-Unionkongreß berathen, der in London tagen soll. So haben die verschiedenen Gewerkschaftscomités auf einer Konferenz am 15. Januar beschloffen. Der Termin für den Kongreß ist noch nicht festgesetzt. Auf dieser Konferenz wurde außerdem folgender Entwurf einer Novelle zum Gewerkschaftsrecht beschloffen:

§ 1. Streikposten stehen: Es soll als gesetzlich betrachtet werden, wenn eine eingeschriebene oder nicht eingeschriebene Gewerkschaft zum Zwecke der Vorbereitung oder Durchführung eines wirtschaftlichen Konflikts eine oder mehrere Personen beauftragt, neben einem Haupte oder Plaque Aufstellung zu nehmen, um Informationen zu

erteilen oder zu erhalten, ferner um Personen in friedlicher Weise zu überreden, ihre Arbeit niederzulegen, schließlich um alle diese Handlungen zusammen auszuführen. § 2. Verhinderung: Ein Uebereinkommen oder Zusammenwirken zwischen zwei oder mehreren Personen zum Zwecke der Ausübung von Handlungen, die zur Vorbereitung oder Förderung eines wirtschaftlichen Konflikts nötig sind, soll nicht klagbar sein, wenn dieselben Handlungen, von einer einzigen Person ausgeführt, nicht klagbar sind.

§ 3. Schadenersatz: Eine Trades-Union kann nicht strafbar gemacht werden für Handlungen eines oder mehrerer ihrer Mitglieder, die im Namen der Trades-Union ausgeübt werden, außer wenn es bewiesen wird, daß solche Handlungen in ausdrücklicher Uebereinstimmung und auf Grund der Autorität der Satzungen der Trades-Union ausgeübt werden.

Titel: Diese Novelle soll Wirtschaftliche Konfliktsakte vom Jahre 1893 heißen.

Der Entwurf ist ganz gut, aber schwierig wird es sein, ihn im Parlament durchzuführen, namentlich bei dem geringen Einfluß der Arbeiter auf die politischen Verhältnisse.

Technisches.

Neuerung an mechanischen Musikwerken. Sehr unangenehm tritt bei größeren mechanischen Musikwerken die Breitenänderung der Notenblätter infolge sich Ausdehnens und Zusammenziehens in die Erscheinung. Diesem Uebelstande soll durch die Einrichtung nach Patent Nr. 129 191 abgeholfen werden. Hiernach sind die Durchlochungen des Notenblattes sowie die Oeffnungen des Gleitblockes in der Weise angeordnet, daß sie auch dann noch miteinander in Eingriff kommen, wenn das Notenblatt sich ausdehnt oder zusammenzieht. Es ist dies dadurch erreicht, daß die Durchlochungen in dem Notenblatte sowie dem Gleitblocke, über welche das Notenblatt geführt wird, von der Mittellinie der Scheibe oder des Gleitblockes aus nach beiden Seiten allmählig einen größeren Teilungsabstand erhalten, d. h. daß der Abstand von Mitte Oeffnung zu Mitte Oeffnung nach beiden Seiten zu allmählig wächst. (N. d. Techn. Ztg. Correspondenz von Richard Lüders in Görlitz.)

Literarisches.

Der Umsturz im Reichstag. Die brutale Vergewaltigung der Reichstags-Minderheit durch eine skrupellose Majorität und deren willkürliche Präbidenten wird in ihren Wirkungen noch lange im Lande nachhallen. Deshalb hat unter obigem Titel die Buchhandlung Vorwärts eine Darstellung der Kämpfe um den Volkstakt herausgegeben.

Nach dem amtlichen Stenogramm giebt die Broschüre eine altentworfene Darstellung des Umsturzes der Geschäftsordnung im Reichstage. Unbarmherzig deckt der Verfasser das vollverräterische Treiben Eugen Richters auf und geißelt die Komödie des agrarischen Bruderkriegs, die den Mantel abgeben mußte, hinter dem der Volkshacker ungestört betrieben werden konnte. Eingehend wird geschildert, daß alle diese Vergewaltigungen nicht hinreichen, die Opposition zu erstickern, bis schließlich die heutzugieriger Mehrheit die nackte Willkür an Stelle des Gesetzes proklamirte und damit den Präsidenten des Deutschen Reichstages zum Mittel der Mehrheit degradirte. Am Schluß folgt eine nach den Wahlkreisen geordnete Zusammenstellung der wichtigsten namentlichen Abstimmungen, aus der zu ersehen ist, wie jeder einzelne Abgeordnete gestimmt hat.

Zur Kennzeichnung des Verhaltens der Gegner wird die Broschüre unschätzbare Dienste leisten.

Die Broschüre kostet 20 \mathcal{L} und zum Zwecke der Agitation pro Hundert \mathcal{M} 6. Bestellungen an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Lindenstraße 69.

Der Fall Krupp, sein Verlauf und seine Folgen. Eine Thatsachenammlung. Diese so benannte Broschüre wird noch im Laufe dieser Woche im Verlage von G. Witz & Co., München, Wittelsbacherplatz 2, erscheinen zum Preise von 20 \mathcal{L} .

Von „In Freien Stunden“ erschienen im gleichen Verlage sechsen Hefte 3 und 4. Jedes Heft kostet 10 \mathcal{L} .

Briefkasten.

* Holzdraht zu Rouleaux erhält man bei Herrn M. Wetterlein in Bittau.
* Holzollwatte dürfte bei Herrn F. W. Böcker, Münsterkeil oder bei Herrn F. G. Offermann, Engelskirchen (Rheinland), zu haben sein.
Blauen, B. B. Die eingezogenen Erkundigungen haben zu dem Resultat geführt, daß die von Ihnen erhobenen Beschuldigungen nicht berechtigt sind. Wir können Ihr „Eingefandt“ deshalb nicht veröffentlichen.
Frankfurt a. M., N. Sie irren sich, lieber Kollege; der Betreffende, den die Briefkastennotiz anging, leidet an einer ganz anderen Krankheit. Nach den Bazillen, die er uns einhandte, zu urtheilen, ist er allerdings unheilbar. Dem von Ihnen gemeinten Kranken geben wir den uns von Ihnen übermittelten Rath: Täglich mindestens zweimal kalte Abwajchungen des ganzen Körpers; außerdem öfters Baden des Gesichtstheiles in mäßig kaltem Wasser, jedoch nur eine bis zwei Minuten. Morgens früh aufstehen und in frischer Luft spazieren, nicht übermäßig arbeiten, keine reizende Kost genießen und sich eine Zeit lang bis zur Besserung jeder geistigen Getränke sowie des Tabakrauchens enthalten. Sobald Besserung eintritt, mäßig an Bertheil mit dem weiblichen Geschlecht pflegen, um hauptsächlich einen Rückschlag zu vermeiden.
Cottbus, N. S. Wann und wo in der „Holzarb.-Ztg.“ ist gegen Sie etwas geschrieben worden; nur das wollten wir wissen. Wir finden nichts, auf das Ihre Ausführungen Bezug haben. Öffentlich haben Sie uns nun verstanden.
Bartl, F. G. Aus Ihrer Anfrage ist nicht ersichtlich, ob es sich um eine Zuschußkasse handelt, die auf dem Umwegeverfahren beruht, d. h. daß nur dann Beiträge eingesammelt werden, wenn ein Mitglied erkrankt ist, oder um eine solche,

die regelmäßig Beiträge erhebt. In keinem der beiden Fälle ist gesetzlich ein Statut nötig.

Siegen, F. W. Eichenholz ist kein Buchholz, ist vielmehr noch härter als dieses und im Gegensatz zu Buchholz (welches schwarzbraun ist) graubraun. Das Eichenholz stammt vom Kanibbaum, der auf den Archipels und den Molukken wächst. Das Buchholz wächst auf den westindischen Inseln und stammt vom Guajalbaum, daher auch Guajakholz oder Franzosenholz genannt. Die besten Sorten kommen von Jamaika und St. Domingo.

Büllow, G. Wer Gartenstühle mit Rückenlehne und zum Zusammenklappen (ganz aus Holz) liefert? Vielleicht nennt uns Jemand eine Bezugsquelle.

Greif, W. G. Nicht mehr vorhanden.

Erfurt, C. S. Fragen Sie bei folgenden Firmen, die solche Artikel führen, nach: Koch & Seeland, Berlin C, Kochstraße 2, Gebr. Keller in Maden, W. Möbius in Burg bei Magdeburg und W. Reinke, Finsterwalde.

Zeitz, B. Sie wollen wissen, wie man Cellulose am besten schleift, da Sie mit Ihrer bisheriger Methode (Wasser und pulverisirten Bimsstein) bisher kein Glitz gehabt haben. Weiter möchten Sie wissen, wie Cellulosebelege zu Pianoforte-Klavaturen abgezogen, geschliffen und polirt werden? Wir bitten die Kollegen des Faches, sich über diese Fragen einmal zu äußern.

Sangerhausen, A. Wie man Binoleum auf Fliesen klebt? Ein Kollege dieser Branche wird hoffentlich Auskunft geben.

Schwabach, Th. G. Es wäre besser gewesen, Sie hätten den Gauvorstand zu Rathe gezogen, ehe Sie ein solches Schriftstück an die bewusste Adresse abführten. Nun ist's vorbei, eine Kritik unsererseits erübrigt sich, da wir das Schreiben zu veröffentlichen keine Veranlassung haben.

L. & Hans, Berlin. Aber ganz bestimmt giebt es neben vielen anderen Fischen in der Donau auch Maie.

M. 90. Wenden Sie sich an die Zahlstelle Berlin, woselbst Sie bis dahin Mitglied gewesen sind. Diese wird Ihre Klage (die übrigens vor dem Innungschiedsgericht ausgetragen werden muß) schon in's Loth bringen.

Lehrte, G. A. Sehen Sie Nr. 3 der „Holzarbeiter-Zeitung“ nach, dort finden Sie im Briefkasten eine ganze Reihe Bremer Firmen, die geschnittenes Kiefernholz liefern.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. 8 in Hamburg.)

Vom 10. bis 24. Januar gingen folgende Gelber ein: Lindenau M. 600, Peisterwitz 400, Baunsdorf Starnberg, Budau, Scheubitz, Warbach, Wiesbaden je 200, Reiburg, Schwab. Gall, Bonames je 150, Jgheue 130, Bernburg, Niederberg, Schwerin, Arnstadt, Kleingöcher, Gaimhausen, Geusenstamm, Raichen, Kirchheim, Konstan, Frankfurt a. d. O., Leipzig III, Marburg, Schleusingen, Stötteritz je 100, Lettin, Tenschern je 90, Güls 75, Biemehna, Pöschappel je 70, Reihersitz 65,27, Wobenheim, Kirchheimbolanden je 50, Lichtenhain 40, Falkenberg 36,92. Summa M. 4907,19.

Vom 10. bis 24. Januar erhielten Zuschüsse: Mannheim, München I, Kiel, Nixdorf je M. 800, Vangendebach 700, Berlin A, E, u. H, Fürth, Mündenheim, Neckarau, Regensburg je 600, Rudolstadt, Erlangen je 500, Altenburg, Augsburg, Barmen, Wüdingen, Wubenheim, Hanau, Kassel, Köln I, Borsch je 400, Alzenau, Coblenz, Dietesheim, Berchtesgaden, Ebnedich, Feudenheim, Großzimmern, Kall, Mainz, Lampertheim je 300, Elmstein, Gaisburg, Gelsenkirchen, Oberarr, Schwarzja je 250, Pfaffenwiesbach, Göttingen, Spandau, Ehrenfeld, Cannstatt, Stabe, Kassel, Selterhausen, Bayenthal, Sülz, Gräfenroda, Schwefingen, Geddesheim, Mühlburg, Frantenthal, Müßigheim, Kronach, Gehrenbach, Bittersfeld, Königstein, Salmünster, Pieschen, Volkmarstorf, Nieb, Wunzlau, Bruchsal, Schöneberg, Ludwigshafen, Bach, Wilhelmshurg, Durlach, Neustadt a. d. S. je 200, Neu-Ulm, Heintichsrub, Reiz, Schaala, Koftheim, Küberstheim, Wehlheim, Bensheim, Halberstadt, Neulohheim, Nödelheim, Pfäumheim, Saalbach, Mülheim an der Ruhr, Potsdam, Düsseldorf, Tharand, Raumburg, Prigwall, Harleshausen, Pöswald, Heidingsfeld, Fußgönnheim, Neuendorf, Sagen, Gonsenheim, Hennef, Wadnang je 150, Weplar, Ohlau, Rafing, Fürth, Höhr, Rombach, Lebenhausen, Niederröschitz, Hildesheim, Schneberg, Weisböschheim, Wachen, Büschena, Carlshafen, Wiesen, Neumühlen, Muthlangen, Altripp, Widenbach, Volkstätt, Neutlingen, Nordhausen, Kresschau, Ueterjen, Rath-Heumar, Weilburg, Pirna, Wolfsanger, Brühl je 100, Gerdecke 170, Amöneburg, Siebenlehn je 80, Delmenhorst 75, Weizheim 60, Elmshorn, Wiberach, Brieg, Mühlhausen i. Th. je 50. Summa M. 31 025.

Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden durch die Hauptkasse gezahlt M. 3209,33.

Invalidentfonds.

Seit letzter Quittung in Nr. 41 d. Ztg. vom 12. Oktober 1902 gingen für den Invalidentfonds folgende Beträge ein: Berlin H. M. 277,30, Berlin G 241,60, Berlin E 180, Berlin F 69,05, Berlin B 49,17, Berlin A 40, Berlin D 25, Köln I 80,41, Köln II 68,80, Kall 69,40, Lichtenberg 57,35, Höchst 55,39, Oggersheim 40, Charlottenburg 37,58, Chemnitz 37,68, Deuß, Nürnberg je 30, Bremerhaven, Mühlburg, Karlsruhe je 25, Nüßdorf 27,30, Frankfurt am Main 23,60, Dorimund 20, Göttingen 21, Friedrichsfelde, Weierheim je 14, Leipzig I 14,35, Splingen 11,25, Coblenz 11,07, Cotta, Dresden-St. III, je 10, Breslau 8,55, Naumburg 5,45, Weissensee 8,50, Löbau 5,03, Fürth, Schweinau je 5, Neutlingen 4,70, Bamberg, Wiesbaden je 4,65, Gernsdorf 4,05, Erfurt 4, Lambrecht 3,55, Connewitz 3,50, Ibersgehofen 2,48, Erlangen 2, Forchheim 1,50, Hamburg (d. B.) 1,67, Pöhl 1,10, Sparfassenzusen für 1902 112,17. Summa M. 1847,85. Hierzu Kassenbestand laut voriger Quittung M. 3576,72, macht zusammen M. 5424,57.

Unterstützung erhielten zu Weihnachten: 18 invalide Mitglieder je M. 30, 1 Mitglied 26,60, 78 Mitglieder je 25, 9 Mitglieder je 20, 6 Mitglieder je 15, an Porto für Geldsendungen, Korrespondenzen zc. 22,30, macht Gesamtumschlag M. 2808,90. Es verblieb ein Kassenbestand von M. 2615,67. Allen Gebern im Namen der Unterstützten besten Dank. L. Jacobs, Hauptkassirer.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Mitona. Mittwoch, 4. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn B. Christmann, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wirth. 2. Verschiedenes.

NB. Achtung! Als Legitimation sind die Mitgliedsbücher vorzuzeigen.

Barmen. Am Montag, den 2. Februar, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7.

Wahrenth. Am 31. Januar: Generalversammlung. Sämtliche Mitglieder werden ersucht, zu erscheinen.

Düsseldorf. Dienstag, den 3. Februar, Abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.

- Sektion der Möbelschreiner. Samstag, den 31. Januar, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Kölnnerstr. 26.

- Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat bei P. Borgs, Schützenstraße.

Hinterwalde. Sonnabend, 31. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Halberstadt. Sonnabend, den 7. Februar, bei Krankemann, Westendorf 25.

Schmöln. Sonnabend, den 8. Februar, in der „Börse“.

- Montag, den 16. Februar: Öffentliche Versammlung in der „Wariburg“. Referent: Kollege Thielemann-Chemnitz. Kollegen, agitiert für starken Besuch. Auf zur Pflichterfüllung!

Schöneberg. Donnerstag, den 5. Februar, bei Doh, Weiningerstr. 8.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Barth a. d. Oßsee. Bevollm. F. Gierk, Reifergang 753 f, 1. St. Derselbe zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr aus. Verkehrslokal bei Herrn Albert Schacht, Dammthor.

Bensheim. Bevollm. Lorenz Metz, Hügelstr. 24. Kassierer Karl Jaekel, Ritterplatz 8. Die Reiseunterstützung zahlt der Kassierer Mittags von 12-1 und Abends von 7-9 Uhr aus.

Böhm. Bevollm. Wilhelm Wuff, Spichernstr. 25 a. Kassierer Adolf Baase, Maltheferstr. 35, 3. St. Die Herberge befindet sich jetzt in der Pariserstraße bei Herrn Dahl. Dasselbst wird die Reiseunterstützung ausbezahlt Abends von 7-7 1/2 Uhr, nach 7 1/2 Uhr beim Kassierer.

Eilenburg. Unsere Herberge befindet sich im „Restaurant zum Tivoli“, Hallestraße (Gewerkschaftshaus). Dasselbst wird die Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Kollegen wollen nur diese Herberge besuchen.

Kelsterbach a. Main. Alle Zusendungen und Korrespondenzen sind zu richten an den Bevollm. Alfred Lehmann, Helfmannstr. 12. Reiseunterstützung zahlt aus Val. Bisher, Mainstraße, Mittags von 12-1 und Abends von 6-8 Uhr. Verkehrslokal bei Herrn Georg Diter, Bergstr. 18.

Lambrecht. Bevollm. Ludwig Söllich, Gartenstraße 7. Kassierer Martin Benz, Klemmhof. Die Reiseunterstützung wird beim Kassierer Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

Nußa. Den reisenden Kollegen das Nachgeschick bei unserer Kassierer Albert Bächner, Krummweingasse 29, ausbezahlt werden. Ferner möchten wir die Kollegen bitten, während der Arbeitszeit die Vorstandsmitglieder nicht aufzusuchen.

Siegen i. W. Bevollm. Haber Wengert, Buschhütten. Kassierer und Reiseunterstützungsauszahler Fritz Wolff, Kirchweg 54. Verkehrslokal bei Herrn Fritz Raachen, Marburgerstraße 14. Die Herberge befindet sich bei Herrn Karl Geffert, „Zum Kronprinzen“, Böhrstraße 32, worauf wir die reisenden Kollegen aufmerksam machen.

Der Korbmacher Hugo Maas wird gebeten, seine Adresse umgehend an Ludwig Behsen, Trittau i. Oststein, gelangen zu lassen.

Ein tüchtiger Sopha- und Garniturenarbeiter sucht dauernde Stellung. Gest. Off. u. F. K. 52 an die Exp. d. Blattes.

Tüchtiger Kreidrasppler für Horngriffe gesucht. C. W. Schimmelbusch & Co. Wald (Rheinland).

Tüchtige Stoßrasppler, Feiler, Schleifer und Polierer finden lohnende, dauernde Beschäftigung.

H. C. Meyer jr., Stoffsabrik, Garburg a. d. Elbe.

Polierer

Von einer größeren Möbelfabrik Mitteldeutschlands gesucht, welcher ein Polierer-Werkstatt von 25 Mann als Vorarbeiter vorstehen kann. Derselbe muß im Polieren - vor allem Ahmahagoni - wie auch im Beizen aller modernen Farben firm sein. Respektiert wird nur auf eine echte Kraft, welche über langjährige Erfahrungen verfügt. Anerbieten m. Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüchen unt. J. 261 Haasenstein & Vogler A.-G., Leipzig, erbeten.

Gestellarbeiter

werden sofort verlangt. Adolf Schmidt, Brandenburg a. d. S., Fluthstr. 3.

2 Korbmachergefelln auf Grün. Rob. Boy, Straßund.

Einen tüchtigen Korbmacher verlangen Ww. B. Fechner & Sohn, Oranienburg bei Berlin.

1 Bürstenmacher gesucht. Gobh. Günther, Feldkirch (Bovarberg).

Tüchtige, mit allen Arbeiten vertraute Bürstenmacher zum sofortigen Antritt gesucht. A. Riedel, Posen, St. Marienstr. 45.

Achtung! Suche allerorts Leute, welche den Vertrieb hochleg. Artikel übernehmen. Hohe Vergütung. Ohne Konkurrenz. Prospekt gratis! H. Wolf, Zwidan i. S., Wllicherstr. 12.

C. Bratsch, Lackfabrik, Berlin-Reinickendorf.

Poliren u. Lackiren überflüssig. Auf jedes rohe Holz kann durch einischen Aufstrich mit „Polisol“, Berliner... Strelchpolitur, ein vorzüglicher, spiegelglatter Hochglanz erzeugt werden.

Berliner Imprägnir-Präparat „Grundol“ Poren schlüssend! Grundpollren überflüssig! Sofort eine glatte Glanzdecke, auf der Politur, Lack u. Mattierung vorzüglich stehen!

B. Al. Fuchschwanz, Messingagondrücken, eingeschraubt, feingezahntes Blatt, engl. Stahl, liefert in Größen: 18 x 4 1/2 cm à M. 1,30, 20 x 5 cm à M. 1,50, 22 x 5,5 cm à M. 1,70 und 25 x 6 cm à M. 1,90. Auch dazu geeignete Feilen. Bei vorher. Einlenbung des Betrages franko, Nachnahme 20 A mehr. Wiederverkäufern Rabatt. A. Sigl, München, Schleißheimerstr. 23/1. Für widerwertiger Nachzahlung wird gewarnt.

Umsonst und franko erb. jed. mein. Pracht-Katalog m. ca. 3000 Abbildung. b. Messer, Scheren, Sensen, Wägen, Fernrohre, Gold- und Silberwaaren u. (unentbehrlich f. jed. Haushalt). Empfehlung unübertroffene Silberstahl-Kassirmesser mit Stui zu 3 Mk., dito Diamantstahl 3 Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Kassa. Fritz Hammesfahr, Focke-Sollingen, Stahl-Fabr. u. Serfab.

Moderne Möbel. Ausgewählte Vorlagen für die Ausstattung von Wohnräumen im Stile der Neuzeit (Jugendstil). Preis M. 7,50.

Der Dorfschreiner. Vorlagen von Möbeln und anderen Schreinerarbeiten für die einfachsten Verhältnisse. Preis Mk. 7,50. Zu beziehen durch die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Der Praktische Tischler.

Handbuch d. gef. mod. Bau- u. Möbelfachler von H. Walde, Zeit. d. Tischlerschule Darmstadt. 600 S. Text, 758 Abb., 80 Tafeln. 2 Bde. f. 12. M. 16. Modelle: Gasmotor mit Antrieb einer Kreisfräsmaschine, Alsdler- u. Wälzschrank. Preis eleg. geb. M. 16, Ausnahme-Raffapreis M. 16.

Die „Holzarbeiter-Zg.“ beurtheilt das Werk in Nr. 26 vom 20. 6. 02 wie folgt: „Wer sich etwas wirklich Gutes u. Gebiegenes anschaffen, seine Kenntnisse bereichern u. sein Fortkommen fördern will, der kaufe sich das Buch Der Prakt. Tischler.“ Arthur Gasch, Gewerbe-Buchhdlg., Leipzig, Pionatonskystraße 1 b.

Magdeburger Pflaumen-Mus. dick u. süß, unübertroffen f. Geschmack billiger, bekömmlicher Gebäckm. ab Magdeburg gegen Nachnahme: Post-Blechleimer 9 Pfd. M. 2.- Blech-Eimer 30 „ „ 3.50 Emaille-Eimer 25 „ „ 4.50 Emaille-Kochtopf 18 „ „ 3.00 Emaille-Kochtopf 30 „ „ 5.50 Holzkübel, 20-55 Fr. 1 Ctr. „ 14.- Fässer, 100-300 „ „ 14.- Oscar Bernhardt, MAGDEBURG, 77.

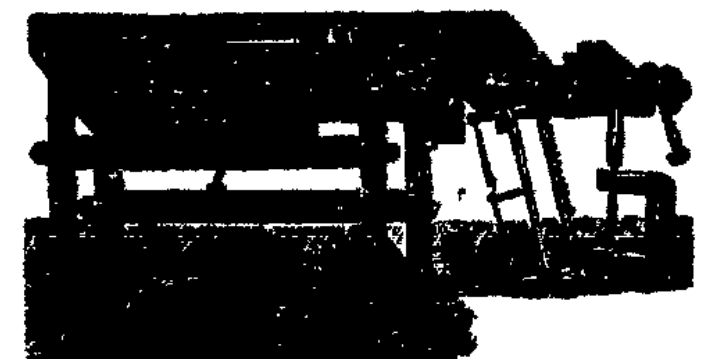
Genossen! Kauft nur den Weißstift von Jean Bloss, Stein bei Nürnberg.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Zeichner, Werkführer, Meister.

Bibliothek des praktischen Wissens. Verlag von Rich. Lipski, Leipzig, Langestr. 27. No. 1. Wittich, Die Kunst der Rede Mk. 1,00 2. Pilz, Das Ehe- und Familienrecht 0,75 3. Das Vormundschaftsrecht 0,75 4. Das Erbrecht und die Testamente 0,75 5. Das Recht der unehelichen Kinder 0,75 6. Hartwig, Die Rechte des Angeklagten 0,50 7. Lipski, Die Rechte und Pflichten des Mieters 0,20 8. Lorenz, Die Klage vor den Amts-, Gewerbe- und Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung sowie Zwangsvollstreckung 0,60

Seidel, Der Achtstundentag 10 Pfg. Die Handarbeit, der Grund u. Eckstein der harmonischen Erziehung u. Bildung 50 Pfg. Der organisierten Arbeiterschaft wird dieses Buch mit 30 Pfg. geliefert. Lipski, Merkbüchlein über das Recht im gewerbli. Arbeitsverhältnis 10 Pfg. Die Polizei in Preussen 75 Pfg. Das formelle Polizeirecht in Preussen 75 Pfg. Gauke, Lex Heinze, Sittliches, allzu Sittliches 30 Pfg. Dr. Ebel, Mediciner u. Naturarst 1 Mk. Folge, Das lachende Schliesien, Gedichte, brosch. 1,75 Mk. Zur Malfeier und zum Jahreswechsel werden jedes Jahr neue Ansicht- bez. Wunschkarten ausgegeben. Parteebesug billig. Für Arbeiterfeste wird die Arbeiterbühne (Theaterstücke) fortwährend durch gute Stücke ergänzt. Theaterstücke anderer Verlage, Chor-Leieder, Compiets, Duette in reicher Auswahl stets auf Lager. Anwahlsendungen an Vereine auf Wunsch. Spezialkataloge auf Wunsch gratis und franko

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 Ellbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauchen das Holz nicht auf, prachttvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, sarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzsporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extracts sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpollren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da sätze und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von f. Qualität. Paul Horn liefert Ia rectifizirten 96% Spiritus unter sollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“ Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechlerei-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck. Verlag: A. Röske, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Weide in Hamburg.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke. Titus Axen, Mitona. Preislisten gratis und franko.

Meinel & Herold Harmonika-Fabrik Klingenthal (Sa.) Nr. 106. versenden unter Garantie direkt an die Spieler per Nachnahme ihre vorzüglichen Harmonikas. NUR 4 1/2 Mk. kostet eine solche Cons.-Zug-Harm. mit 10 Tönen, 60 Tast. Stim. (3 1/2 Okt.) Pa. Stahlfederung, off. Clavierart, 3teil. (11 fall.) weit aussehendem Balg mit Metall-schrauben, vernickelte Metallfassungen, Größe ca. 33 cm, dieselbe Harmonika, 3 sechs Register, 3 1/2 Okt., 70 Stim., prächtiger Orgelton, kostet nur 6 Mk. Selbstlernschule u. Holzstift umsonst hierzu. 2, 3, 4, 6, 8 1/2 Okt.; 2 u. 3teil., sowie sogen. Wiener Harmonikas in Ab. 120 Nr. Sannend billig u. hoch gut. Wiener Katalog (100 Seiten fast m. 200 Abbild.) umsonst. Musikwerke, Violinen, Mandolinen, Sanktionen, Zithern billig. Garantie: Zurücknahme und Geld retour. Kein Risiko. Ueber 5000 Dankschreiben.

Tischler-Fachschule Detmold Drei- u. sechsmonat. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.